

Lateinamerika

Rückblick 2022 - Ausblick 2023



INHALT

1. MERCOSUR	
1.1. ARGENTINIEN	5
1.2. BRASILIEN	7
1.3. PARAGUAY	11
1.4. URUGUAY	12

2. MEXIKO, ZENTRALAMERIKA UND KARIBIK	
2.1. MEXIKO	14
2.2. GUATEMALA	19
2.3. EL SALVADOR	20
2.4. HONDURAS	20
2.5. NICARAGUA	21
2.6. COSTA RICA	22
2.7. PANAMA	23
2.8. DOMINIKANISCHE REPUBLIK	23
2.9. KUBA	24

3. ANDENREGION	
3.1. BOLIVIEN	25
3.2. CHILE	27
3.3. ECUADOR	30
3.4. KOLUMBIEN	34
3.5. PERU	37
3.6. VENEZUELA	41

KONTAKT	43
----------------	----

LATEINAMERIKA 2022: ZWISCHEN STABILITÄT, REFORMEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Das Jahr 2022 war für Lateinamerika von vielen Neuerungen politischer und wirtschaftlicher Natur geprägt. Alle Länder einte ein langsames wirtschaftliches Wachstum im Vergleich zum Vorjahr. Laut CEPAL verzeichneten die Länder Lateinamerikas und der Karibik vor dem Hintergrund externer Unsicherheiten und inländischer Zwänge im Jahr 2022 ein Wachstum von durchschnittlich 3,2 %, was nicht einmal die Hälfte, der im Jahr 2021 registrierten Rate von 6,7 % ausmacht. Es wird erwartet, dass sich die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2023 mit einer Rate von 1,3 % verschärfen wird. Einige Länder verzeichneten ein gewisses Mehr an wirtschaftlicher Aktivität und politischer Stabilität, während andere Länder wie z.B. Venezuela weiterhin in politischer Unsicherheit verharrten und wirtschaftliche Probleme bewältigen mussten. Änderungen im globalen Handel und eine oft zwangsläufige Diversifikation der Wirtschaftsaktivitäten, basierend auf der russischen Aggression gegen die Ukraine, gingen einher mit einer historisch hohen Inflation, der Aufarbeitung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Einbußen aus den Jahren der Pandemie sowie andererseits durchaus progressiven Reformbemühungen – eine Gemengelage, die kein Staat der Region spannungslos bewältigen kann.

Mexiko hat im Jahr 2022 seine Wirtschaft mithilfe von Nearshoring-Initiativen und ausländischen Investitionen wieder in Schwung gebracht. Allerdings verlangsamte sich das BIP-Wachstum gegenüber dem Vorjahr und soll Schätzungen der CEPAL zufolge nur noch bei 1,9% gelegen haben. Die Inflation betrug über 8%, aber es wird erwartet, dass sie in

den kommenden Jahren auf 5,7% und 3,27% sinkt. Im August 2022 erklomm Mexiko wieder den Platz des wichtigsten Handelspartners der USA, vor Kanada und China. China selbst sieht Mexiko jedoch verstärkt als Investitionsstandort. Die Zollvorteile des USMCA-Abkommens und geringere Transportkosten sind wichtige Faktoren bei der Standortwahl chinesischer Firmen. Im Jahr 2022 wurden 8 Reformen in Mexiko verabschiedet, darunter die Reform des Bergbaugesetzes, das die Verstaatlichung von Lithium festlegte, die Reform zur Übertragung der Kontrolle über die Nationalgarde an das Verteidigungsministerium und die abgeschwächte Wahlrechtsreform. Die umstrittene Elektrizitätsreform wurde vom Kongress jedoch abgelehnt.

Bei den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien gewann im Juni 2022 Gustavo Petro von der Linkskoalition. Petro vertritt eine Agenda mit einem starken sozialen Fokus auf u.a. Gleichheit, Frieden, Umwelt und Frauenrechten, deren Umsetzung jedoch finanziell eine Herausforderung darstellen wird. Die Regierung hat bereits eine tiefgreifende Steuerreform und mehrere andere Reformprojekte im Kongress vorgestellt, die auch die Bereiche Gesundheit, Arbeit und politische Reformen einschließen. Die kolumbianische Wirtschaft hat sich von der COVID-19-Krise gut erholt und im Jahr 2022 ein Wachstum von 7,1% erreicht. Andererseits haben die starke Inlandsnachfrage, die Abwertung des kolumbianischen Pesos, die Indexierung der Löhne und der regulierten Preise, sowie der internationale Preisdruck die Inflation in den letzten Monaten 2022 auf 10% ansteigen lassen.

Venezuela befindet sich momentan in einem "merkwürdigen Status quo", was Auswirkungen auf Wirtschaft und Politik in der nun bevorstehenden

Wahlperiode haben wird. Die USA hob 2022, aufgrund der Änderungen in Handelsströmen und Zugängen zu Rohstoffen infolge des Ukraine-Krieges einige Wirtschaftssanktionen gegen Venezuela auf, forderte aber gleichzeitig die Wiederaufnahme des Dialog zwischen Regierung und Opposition. Gleichwohl verlängerte die Europäische Union im November 2022 die Sanktionen gegen hochrangige Regierungsvertreter Venezuelas. Das venezolanische Öl dürfte zukünftig eine wichtigere Rolle spielen, sollten sich die Beziehungen zwischen den USA und Venezuela weiterhin entspannen.

In Brasilien gab es 2022 einen Regierungswechsel. Der ehemalige Präsident, Lula da Silva (2003-2011), wurde mit 50,9% der Stimmen und damit einem knappen Vorsprung vor Jair Bolsonaro erneut zum Präsidenten gewählt. Brasilien ist jedoch heute gesellschaftlich und politisch tief gespalten. Der Anspruch von Lula ist es, das Land, seine Wirtschaft und die Umwelt- und Sozialpolitik wieder zu vereinen. Die brasilianische Zentralbank hält das Zinsniveau bei 13,75%, um die Inflation zu kontrollieren. Die Inflation stieg auf 5,7%, während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf 2,6% sank und die Arbeitslosigkeit zunahm. Die Regierung unternahm Maßnahmen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, mit einer Konjunktursteigerung wird bereits im nächsten Jahr gerechnet, allerdings bereiten die Knappheit an Rohstoffen und Vormaterialien und der Mangel an Fachkräften Sorgen.

Seit dem Putsch gegen Evo Morales im Jahr 2019 registriert Bolivien eine Krise der staatlichen Institutionen, was vor allem die Legitimität der Polizei, der Streitkräfte und der Justiz beeinträchtigt. Es bestehen zudem weiterhin interne Konflikte innerhalb der Regierungspartei und die Regierung sah sich 2022 auch mit zwei organisierten Aufständen von Gewerkschaftsgruppen konfrontiert. Trotz allem konnte die wirtschaftliche Stabilität im Land aufrecht

erhalten bleiben. Im Jahr 2022 verzeichnete Bolivien ein BIP-Wachstum von 4,13% und das mit einer Inflationsrate von nur 3%.

Uruguay verbuchte 2022 ein erfolgreiches Wirtschaftswachstum von 5,3%, doch lag die Inflation bei 9,1%. Die Wirtschaft wurde von einem Investitionschub, dem Aufschwung in der Landwirtschaft und einem Anstieg des Tourismus und des Inlandsverbrauchs getrieben. Der uruguayische Peso registrierte eine Aufwertung von 11,63% und das Land hatte den niedrigsten Länderrisikoindikator in der Region. Die Prioritäten für 2023 sind zum einem die Anhebung der Löhne sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Auf wirtschaftlicher Ebene geht es um die Förderung des Wachstums und der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit durch Reformen.

Argentinien befindet sich weiterhin in einer tiefen Wirtschafts- und Verschuldungskrise. Im Jahr 2020 wurde eine Umstrukturierung der privaten Schulden durchgeführt und 2022 eine Vereinbarung mit dem IWF (Internationaler Währungsfonds) über eine neue erweiterte Fondsfazilität getroffen. Dieses Programm ermöglicht es dem Land, seine Schulden zu verschieben und seine Reserven zu stärken. Der IWF hat 3,8 Mrd. USD ausgezahlt, aber die Risiken bleiben hoch, einschließlich hoher Inflation und begrenztem fiskalischem Handlungsspielraum. Experten sehen strenge Kapitalverkehrskontrollen und die politische Unsicherheit als mögliche Störfaktoren für den Aufschwung. Die politische Krise wird durch den ständigen Wechsel von Ministern und die fehlende Stabilität in der Regierung verstärkt.

In Chile stand 2022 ebenfalls ein Regierungs- und damit auch ein Generationenwechsel an. Zum ersten Mal seit 32 Jahren gewann ein politischer Outsider die Wahlen, der damals 32jährige ehemalige linke Studentenführer Gabriel Boric übernahm im März das Präsidentenamt. Der Politikansatz der

Regierung ist pragmatisch, sozial sowie nachhaltig orientiert, die Wirtschaftspolitik bleibt weiterhin marktwirtschaftlich orientiert; der Großteil aller Wirtschaftssektoren ist liberalisiert und privatisiert. Die Regierung lancierte einen umfassenden Konjunkturplan, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln; das BIP-Wachstum betrug 2022 jedoch lediglich 2%, ein historisch niedriger Wert für Chile. Anfang September 2022 lehnte die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, mehr als 60%, die erste Vorlage für die neue Verfassung ab, nun muss an einer Neuverfassung gearbeitet werden.

Fazit: Lateinamerika ist zurück auf unserer Agenda und ist heute wieder eine Region der Chancen. Die Region bietet der deutschen Wirtschaft Optionen, wenn es darum geht, Lieferketten zu diversifizieren, neue Märkte zu erschließen oder Rohstoffpartnerschaften zu finden. Ob im Bergbau, der Landwirtschaft, dem Wassersektor oder der klimafreundlichen Energiegewinnung – Kooperationsmöglichkeiten haben sich 2022 in vielen Bereichen gezeigt.

2023 wird jedoch ein eher geringes wirtschaftliches Wachstum für Lateinamerika erwartet. Die Länder der Region werden sich erneut mit einem ungünstigen internationalen Umfeld konfrontiert sehen: Sowohl das Wachstum als auch der Welthandel werden sich voraussichtlich weiter verlangsamen, die Rohstoffpreise werden niedriger sein als 2022. Die globale Unsicherheit aufgrund des Krieges in der Ukraine, die hohen Zinssätze in den Industrieländern und der anhaltende Inflationsdruck werden sich 2023 auf die Volkswirtschaften der Region weiterhin auswirken. Doch die lokalen Regierungen werden ihre Reformbemühungen fortsetzen, um eine stabile politische und wirtschaftliche Umgebung zu schaffen. Lateinamerikas riesiges Potenzial zur Erzeugung erneuerbarer Energien und auch seine Rohstoffvorkommen sind fundamental für eine Energiewende, auch in Europa. Dies kurbelt die

internationalen Geschäftsbeziehungen an. Die CEPAL hält die Förderung von Investitionen und Produktivität auch für unabdingbar, um "die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen, die Informalität, Ungleichheit und Armut zu verringern und Fortschritte bei der Anpassung und Abschwächung des Klimawandels zu erzielen". Die Herausforderungen für 2023 sind nicht gering, doch das Interesse an der Region ist gewachsen und damit die Chance, gemeinsam und im Sinne der SDGs, die Entwicklung der Region positiv zu gestalten.

I. MERCOSUR

I.1 ARGENTINIEN

	2021	2022	2023
BIP	10,4%	4,04%	2,02% ^P
Inflation	50,9%	72,37%	94,8% ^S
Import	63,19	81,52	-
Export	77,94	88,44	-
Wechselkurs^D	95,99	118,9	187,95 ^S
Leitzins	35,6%	75%	70,83% ^S

P=Prognose; Inflation=Jahresdurchschnitt; Import- und Exportzahlen in Milliarden US-Dollar; D=Wechselkurs Argentinischer Peso für 1 USD am 31.12.; S=Stand: 07.02.2023
Quellen: World Bank, INCED, Banco Central de la República Argentina (BCRA), Statista

ARGENTINIEN STECKT IN EINER TIEFEN WIRTSCHAFTS- UND VERSCHULDUNGSKRISE

Nach der Umstrukturierung der privaten Schulden im Jahr 2020, wurde Anfang 2022 eine Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds über eine neue Erweiterte Fondsfazilität (EFF) getroffen¹. Mit einer Laufzeit von 30 Monaten und einer tilgungsfreien Zeit von viereinhalb Jahren hat dieses Programm dem Land ermöglicht, seine Fälligkeiten bei der Organisation zu verschieben und seine Reserven kurzfristig zu stärken. Zu den eingegangenen Verpflichtungen gehört die schrittweise Haushaltskonsolidierung - bis zum Jahr 2025 soll ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden - sowie die Reduzierung der monetären Finanzierung des Defizits.

Die Einigung mit dem IWF hat die kurzfristige makroökonomische Unsicherheit erheblich verringert, aber die außenwirtschaftliche Situation ist nach wie

vor unsicher. Nach Ansicht von Experten der OECD können strenge Kapitalverkehrskontrollen und die politische Ungewissheit in den Jahren 2023 und 2024 zu einer Störung des Aufschwungs führen.

Der IWF hat die zweite Überprüfung des Programms der Erweiterten Fondsfazilität im Oktober 2022 formell genehmigt und einer Auszahlung von 3,8 Mrd. USD (1% des BIP)² zugestimmt. Die Entscheidung des IWF spiegelt wider, dass die Programmziele im zweiten Quartal 2022 erreicht und das Vertrauen des Marktes wiederhergestellt wurde.

Die argentinische Zentralbank hat den Leitzins seit Anfang 2022 neunmal auf 75% angehoben. Die vom IWF gesetzten Ziele beinhalten auch spezifische Obergrenzen für die Überweisungen der Zentralbank an die Staatskasse, die auf 0,8 % des BIP im Jahr 2022 und 0,6 % des BIP im Jahr 2023 sinken sollen.

Vor dem Hintergrund einer hohen Inflation, strenger Einfuhrbeschränkungen, niedriger Währungsreserven und eines sehr begrenzten fiskalischen Handlungsspielraums bleiben die Risiken hoch. Diese Situation könnte im Jahr 2023 zu einer gedämpften Investitionstätigkeit und einem abgeschwächten privaten Verbrauch führen. Die Exporte werden sich 2023 verlangsamen, was teilweise auf die Überbewertung der Währung zurückzuführen ist. Niedrigere Rohstoffpreise wiederum könnten den Aufbau von Reserven behindern und den Druck auf den Wechselkurs erhöhen.

DIE KRISE DER ZWEI FORMEN

Der Politikwissenschaftler und Professor an der Katholischen Universität von Córdoba, César Murua, bezeichnet die derzeitige politische und

¹ OECD. Argentina Perspectivas económicas de la OECD Noviembre 2022. Dokument verfügbar unter https://issuu.com/oecd.publishing/docs/e0112esp_arg

² Idem.

wirtschaftliche Situation Argentiniens als Doppelkrise. Seiner Ansicht nach ist die politische Krise das Ergebnis eines mangelnden Zusammenhalts innerhalb der Regierungspartei. Andererseits ist die Wirtschaftskrise auf ein fast 10 Jahre überfälliges Defizit zurückzuführen.

Auf politischer Ebene setzte sich die Rotation der Minister im Jahr 2022 fort. Von den 21 Ministern, die Präsident Alberto Fernández zu Beginn seiner Amtszeit ernannt hatte, wurden 12 entlassen oder traten zurück, drei wechselten in ein anderes Regierungsamt und einer verstarb. Am 10. Oktober traten Elizabeth Gómez Alcorta, Claudio Moroni und Juan Zabaleta zurück. Diese Situation war ein neuer Schlag für die Regierung von Präsident Alberto Fernández und vertieften den Konflikt innerhalb der Partei „Frente de Todos (FdT)“.

Außerdem haben sich die Diskussionen über die Wirtschaftspolitik bei der FdT immer in der Mitte der Partei abgespielt. Einerseits fordert der Wirtschaftssektor von Vizepräsidentin Cristina Kirchner eine stärkere staatliche Intervention und mehr öffentliche Ausgaben. Andererseits hatte der Präsident einen Weg zum Abbau des Haushaltsdefizits und der Subventionen für die Energieverbraucher (die einen großen Teil des Staatshaushaltes ausmachen) eingeschlagen. Letzteres wurde zum Beispiel in der Vereinbarung mit dem IWF verankert.

Die Wirtschaft lag zur Jahresmitte 2022 um 7,5% über dem Niveau vor der Pandemie. Vor allem aufgrund geringerer COVID-19-bezogener Ausgaben und unerwarteter Einnahmen wurde im Jahr 2022 das Haushaltsdefizit im Vergleich zu 2020 gesenkt. Zudem haben die Vermögenssteuer und die Ausführsteuer der Wirtschaft in einem Umfeld steigender internationaler Rohstoffpreise Vorteile gebracht. Das Haushaltsdefizit des Landes ist jedoch nach wie vor hoch und die Finanzierung des Defizits

hat zu einer Beschleunigung der Inflationsrate auf 71% im August 2022 beigetragen. Somit weist die Wirtschaft weiterhin makroökonomische Ungleichgewichte auf, die die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums einschränken.

Die öffentlichen Ausgaben wurden im Jahr 2022 gekürzt und für 2023 wird eine ähnliche Situation erwartet, da die pandemiebedingten steuerlichen Unterstützungsmaßnahmen zurückgenommen und die Energiesubventionen reduziert werden. Die Arbeitslosenquote erreichte wieder das Niveau vor der Pandemie und lag im zweiten Quartal 2022 bei 6,9%. Die Informalität hat stark zugenommen und umfasste im Jahr 2022 nun fast 38% der Erwerbsbevölkerung.

Für 2023 werden ein Rückgang des Wirtschaftswachstums, hohe Risiken für die Begleichung der Auslandsschulden, eine weitere Abwertung der Währung und ein Rückgang des Verbrauchs und der privaten Investitionen erwartet. Konkret rechnet die US-Bank für 2023 mit einer Rezession in Höhe von 0,5% des BIP und prognostiziert eine Inflation von 111%, die damit deutlich über den Prognosen der Regierung (60%) liegt.

DIE WAHLEN IN ARGENTINIEN

Die Präsidentschaftswahlen werden in der zweiten Hälfte des Jahres 2023 stattfinden, aber es ist noch unklar, wie sie ausgehen werden. Für August 2023 werden die Vorwahlen stattfinden, um die Favoriten für die Wahlen am 29. Oktober zu bestimmen. Die beiden wichtigsten politischen Kräfte "FdT" und "Juntos por el Cambio (JxC)" befinden gegenwärtig noch in der Kandidatenauswahl.

Der derzeitige Präsident, Alberto Fernández, die Vizepräsidentin Cristina Kirchner und der Wirtschaftsminister Sergio Massa sind die drei großen Kandidaten der FdT, die nach Angaben des Beratungsunternehmens Giacobbe, im Moment den

dritten Platz in den Wahlen belegen würden. Darüber hinaus zeigen Umfragen, dass die Abstimmungsabsicht der Opposition ungefähr paritätisch zwischen dem Bürgermeister von Buenos Aires, Horacio Rodríguez Larreta (Partei Republikanischer Vorschlag), Mauricio Macri, dem ehemaligen Präsident und Patricia Bullrich, einer weiteren Konservativen (Republikanischer Vorschlag), aufgeteilt ist.

In den Umfragen liegt die Opposition derzeit 12-14 Punkte vor der Regierungspartei. Demnach würde JxC von 32,8% der Wähler gewählt werden, während Javier Milei von „La Libertad Avanza“ von 23,6% der Wähler gewählt werden würden. Zu seinem Programm gehören die Dollarisierung der Wirtschaft, die Beendigung staatlicher Interventionen, die Abschaffung der Zentralbank und die Abschaffung des "Kastensystems" in der Politik.

Der politische Analyst Sergio Berensztein vertrat die Meinung, dass eine wesentliche Erholung der Wettbewerbsfähigkeit der Regierungspartei unwahrscheinlich ist, wenn die Wirtschaft keine robusten Erholungsszenarien bietet. Die in die Höhe schießende Inflation, die stagnierenden Löhne und die jahrelange wirtschaftliche Instabilität in Argentinien hat die Unterstützung für die traditionellen Parteien geschwächt und diese Situation könnte Menschen dazu ermutigen, extremere Kandidaten zu unterstützen.

AUSWIRKUNGEN DES RUSSISCHEN ÜBERFALLS AUF DIE UKRAINE

Die Handelsbeziehungen zwischen Argentinien, Russland und der Ukraine sind minimal, aber die Entwicklung der Weltmarktpreise wirkt sich auf Argentinien aus. Während die Nahrungsmittelausfuhren vorübergehend von den höheren Weltmarktpreisen profitiert haben, haben die steigenden Kosten für Energieimporte die Handelsbilanz verschlechtert, da Argentinien ein Nettoimporteur von Energie ist. Im Jahr 2023 bedeuten höhere

Weltenergiepreise höhere Ausgaben für Subventionen, was den laufenden Plan zur Haushaltskonsolidierung erschwert.

PROTAGONISTISCHE ROLLE IN MULTILATERALEN GREMIEN

Eines der zentralen Ziele der Regierung Fernández ist es, dass Argentinien auch im Jahr 2023 den Vorsitz der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) behält. Neben der Festigung der "regionalen Führungsrolle", die er seit Beginn seiner Amtszeit anstrebt, ist der zeitweilige Vorsitz der CELAC eine Plattform, die es Fernández ermöglicht, sich von der Kritik innerhalb seiner Partei zu distanzieren und Argentiniens Führung in multilateralen Beziehungen ins Blickfeld zu rücken.

Außerdem hat Argentinien Anfang Dezember 2022 in Montevideo für sechs Monate den Vorsitz pro tempore des Mercosur von Uruguay übernommen. Die argentinische Diplomatie hofft, dass Fernández ab 2023 auch den Vorsitz der CELAC übernehmen wird. In diesem Fall wäre Argentinien für die Koordinierung des möglichen EU-CELAC-Gipfels der Präsidenten zuständig, der in der zweiten Jahreshälfte 2023 unter dem spanischen Vorsitz des Rates der Europäischen Union stattfinden soll.

1.2 BRASILIEN

2022 WAR EIN HERAUSFORDERNDES JAHR, 2023 WIRD ES AUCH, JEDOCH ANDERS

In Brasilien wurde der Wechsel in der Regierung vollzogen. Nach vier Jahren unter dem Populisten Jair Messias Bolsonaro, haben sich die Wähler mit einer sehr knappen Mehrheit für den ehemaligen Präsidenten (2003-2011) Lula da Silva entschieden. Das Motto „União e Reconstrução“ (Einigkeit und

Wiederaufbau) ersetzt seit dem 1. Januar 2023 das Motto der letzten Regierung "Pátria amada, Brasil" (Brasilien, geliebtes Vaterland).

Der zweifache Ex-Präsident Lula lag mit einem Vorsprung von rund zwei Millionen Stimmen vor seinem Kontrahenten. Lula konnte 50,9 % der Stimmen hinter sich vereinen, Bolsonaro, 49,1. Der Süden und Osten Brasiliens wählte mehrheitlich Bolsonaro, der Nordosten und Norden, Lula.

Am Anfang dieses Jahres wurde die Ernennung des Kabinetts, die Sommerpause des Kongresses und das Aufatmen nach einer reibungslosen Amtseinführung jäh unterbrochen und überschattet von den Ereignissen vom Sonntag, den 8. Januar. Eine Horde Protestierender verwüsteten an diesem Tag über mehrere Stunden die Gebäude der Judikative, Legislative und Exekutive in der Hauptstadt Brasília. Die vereinte demokratische Regierung arbeitet mit Hochdruck an der Aufklärung und Festnahme der Verantwortlichen dieses „Angriffes auf die Demokratie“. Es bleibt zu hoffen, dass diese Aufgaben gut gemeistert werden und die Regierung parallel dazu erreicht, dass „business as usual“ möglich ist. So zum Beispiel, dass aus jedem Ressort auch die neuen Projekte und Pläne vorangetrieben werden. Der Angriff hat die Chancen Lulas erhöht, im Kongress eine breitere Allianz bilden zu können.

Intern ist Brasilien gesellschaftlich weiterhin gespalten. Außenpolitisch ist das Land auf jeden Fall zurück auf der internationalen Bühne und die Regierung in Brasília will Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik vereinen. Sie steht vor der großen Herausforderung die Gesellschaft zu einen, die Wirtschaft mit einer verantwortlicher Fiskalpolitik wieder in Schwung zu bringen, und die Aufbruchstimmung der ersten 100-Tagen dafür zu nutzen Koalitionen im Kongress zu bilden und Unterstützung für die schon ausgearbeitete Steuerreform zu gewährleisten.

BLICK AUF 2022

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die Wachstumsprognose für das brasilianische Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2022 auf 2,8 % angehoben, gegenüber 1,7 % in der letzten Schätzung vom Juli. Damit liegt Brasilien nun über den Schätzungen der Industrieländer (2,4 %), der Vereinigten Staaten (1,6 %), Deutschlands (1,5 %), Frankreichs (2,5 %) und Japans (1,7 %). Außerdem ist das brasilianische Bruttoinlandsprodukt 2022 tatsächlich besser als erwartet.

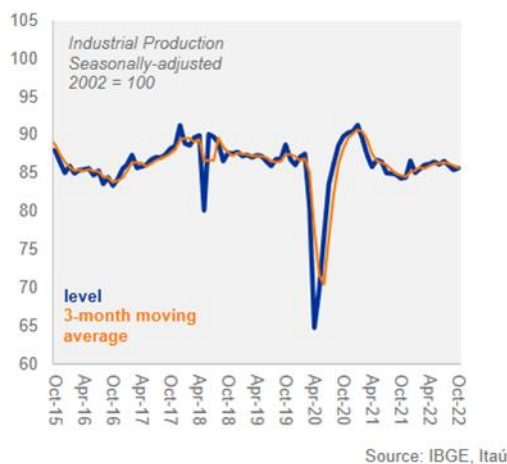
Die neue IWF-Prognose für die Leistung der brasilianischen Wirtschaft 2022 liegt auch über den geschätzten Indizes für südamerikanische Nachbarländer wie Chile (2,0 %), Paraguay (0,2 %) und Peru (2,7 %).

Der Zinssatz SELIC bleibt 2023 bei 13,75%. Die brasilianische Zentralbank nutzt die Strategie, die Zinsen hochzuhalten, um die Inflation zu kontrollieren. Die Inflation beträgt im Land aktuell zirka 5,7%, mit steigender Tendenz. Das Inflationsziel der Regierung beträgt 3,7%. Der Wechselkurs stand 2022 bei ca. R\$ 5,20/US\$ und für 2023 dürfte er sich weiterhin so halten.

INDUSTRIE

Im Oktober 2022 stieg die Industrieproduktion um 0,3 % gegenüber dem Vormonat. Im Jahresvergleich stieg die Industrieproduktion um 1,7%. Das verarbeitende Gewerbe blieb stabil (0,0%), während der Bergbau / Extraktionssektor zulegen konnte (0,6%). Investitionsgüter gingen im Jahresvergleich um 4,1% zurück.

Slight industrial production advance at the margin...



Quelle: [Itau Macro Brazil](#)

„Laut einer aktuellen Konjunkturumfrage des VDMA, an der sich knapp 80 Mitgliedsfirmen in Brasilien beteiligt haben, erwartet die Hälfte der Befragten einen steigenden Auftragseingang im nächsten Quartal. Lediglich 12 % rechnen mit einem Rückgang. Für das laufende Jahr rechnen die Firmen im Durchschnitt mit einem Umsatzplus von 17 %, 2023 wird dann ein Wachstum von 6 % erwartet. „Pro-bleme bereiten allerdings die Knappheit an Rohstoffen und Vormaterialien und der Mangel an Fachkräften. Corona-Restriktionen spielen dagegen kaum noch eine Rolle“, erläutert Thomas Ulbrich, Geschäftsführer des VDMA in Brasilien. „Die Unternehmen sind sehr optimistisch, dass Europa seinen Blick wieder verstärkt nach Südamerika richten wird und den Reichtum dieses Teils des Kontinents erkennt“.

Quelle: [VDMA Umfrage: Brasilien bleibt im Fokus der Maschinen- und Anlagenbauer](#)

Zum Thema Energie stellt sich die ganze lateinamerikanische Region auf und möchte Potentiale als Chance für neue Wertschöpfungsketten ergreifen. Interessant ist zu erwähnen, dass 80% der Investitionen in erneuerbare Energien in Lateinamerika nach Brasilien gehen.

LANDWIRTSCHAFT

Die brasilianische Landwirtschaft ist von Importen abhängig und bezieht etwa 80 % der für ihre Produktion benötigten Düngemittel aus dem Ausland, wobei Russland der zweitgrößte Lieferant ist. Die drohende Verknappung von Düngemitteln auf dem Weltmarkt nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine brachte diese Abhängigkeit an die Oberfläche und sorgte für Verstimmung unter Großbauern. Angesichts dieses Szenarios gibt es viele Befürworter einer nationalen Düngemittelproduktion, die durch die Erschließung eigener Gas- und Kaliumreserven erfolgen könnte.

2022 hatte die Branche mit verschiedenen Herausforderungen wie stark schwankenden Getreidepreisen, klimatischen Auswirkungen auf die Ernten und Problemen mit importierten Produktionsmitteln zu kämpfen. Diese Situation veranlasste das Landwirtschaftsministerium, nach Alternativen zu suchen. Um die Abhängigkeit von Importen zu verringern, wurde ein nationaler Düngemittelplan angekündigt. Die wirtschaftlichen Unsicherheiten und die hohen Zinssätze führten zu Lücken im nationalem Ernteplan.

Trotzdem: nach einer von klimatischen Problemen geprägten Ernte 2021/2022 wird für den Zyklus 2022/2023 ein neuer Rekord bei der Getreideproduktion erwartet. Der Bruttowert der landwirtschaftlichen Produktion (VBP) dürfte im Jahr 2022 R\$ 1,185 Billionen (€ 209 Mrd.) erreichen, so die Schätzungen des Landwirtschaftsministeriums aus dem November. Sollte der Wert bestätigt werden, würde dies eine Senkung um 0,1 % gegenüber 2021 bedeuten. Für 2022/23 liegt die Schätzung bei R\$ 1.256 Billionen (€ 221 Mrd.), 6 % über der Schätzung für 2022. Sollte sich dies bestätigen, wäre dies der höchste VBP-Wert seit 1989.

INVESTITIONEN UND HANDEL MIT CHINA IN BRASILIEN

Die Volksrepublik China gehört zu den führenden Investoren in Lateinamerika und ist Haupthandelspartner der meisten Staaten. Es gibt mehrere Großprojekte (Stromsektor, Oil&Gas, Bergbau u.a.) in Brasilien mit chinesischer Beteiligung. Im Jahr 2021 verdreifachten sich die chinesischen Investitionen in Brasilien und erreichten wieder das Vorkrisenniveau von 5,9 Milliarden US\$. Fast ein Drittel der brasilianischen Exporte geht nach China und mehr als 20 % der Importe stammen aus China. Ein Freihandelsabkommen zwischen China und Brasilien ist im Gespräch.

Während sich China nach fast drei Jahren der Abriegelung wieder öffnet, bereiten sich einige Länder in Lateinamerika auf einen weiteren Boom vor. Die Bank Morgan Stanley glaubt, dass Chinas Wirtschaft bis 2023 um 5,7 % wachsen könnte. Das würde eine steigende Nachfrage nach den Waren der Region auslösen. China verbraucht mehr als 16 % des weltweiten Erdöls, über die Hälfte des Kupfers und mehr als drei Fünftel des Eisenerzes. Als im vergangenen Jahr Gerüchte über die Aufhebung der Beschränkungen für Covid-19 kursierten, stieg der Kupferpreis innerhalb eines Tages um 7 %.

Quelle: gtaí

[Chinas neue Seidenstrasse reicht bis Lateinamerika](#)
[Wirtschaftsdaten Brasilien November 2022](#)

2023

Die aktuellen Daten deuten auf eine schrumpfende Wirtschaft im letzten Quartal 2022 hin. Die BIP-Wachstumsprognose liegt bei 2,8%. Diese schwache Entwicklung wird sich 2023 fortsetzen, u.a. durch ein schwächeres globales Wachstum. Es wird mit einem 0,9 % BIP-Wachstum für das Land im Jahr 2023 gerechnet, angetrieben durch den Agrarsektor.

Die makroökonomischen Daten 2023 deuten auf einen wahrscheinlichen deutlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben in diesem Jahr hin. Dies wird durch einen erneuten Anstieg der Staatsverschuldung bestätigt. Falls keine Korrekturmaßnahmen ergriffen werden, könnte dieses Szenario zu einem neuen Zyklus mit geringem Wachstum, hoher Inflation und hohen Zinssätzen führen.

Die Schätzungen für den Primärhaushalt deuten auf einen Überschuss von 1,1 % des BIP im Jahr 2022 und ein Defizit von 1,6 % im Jahr 2023 hin.

Der Wechselkurs wird auf 5,50 BRL/USD für 2023 und 5,60 BRL/USD für 2024 geschätzt. Die Inflation wird 2023 bei 5,8 % liegen, nachdem sie 2022 5,8 % zugenommen hat. Preise können sich mit der vollständigen Wiedereinführung der PIS/Cofins-Steuern auf Benzin beschleunigen - obwohl diese Entscheidung sich angesichts der Verschärfung der politischen Spannungen verzögern kann.

Der Selic (Zinssatz) von aktuell 13,75% bleibt voraussichtlich bis zum 4. Quartal 2023 unverändert. Dann könnte er auf 12,50% sinken und 2024 sich bei 9,75% einpendeln.

Der Arbeitsmarkt zeigt weiterhin Anzeichen einer Verlangsamung, und die Arbeitslosenquote liegt bei 8,2 % im Jahr 2022 und 8,5 % im Jahr 2023.

Die gewalttätigen Ausschreitungen in Brasilia haben Bolsonaro endgültig als politische Oppositionsfigur disqualifiziert. Wirtschaftlich haben sich Unternehmer und Investoren mit dem demokratisch gewählten Präsidenten Lula arrangiert - auch wenn sie seinen Plänen für die Wirtschaft noch mit Skepsis begegnen. Wenn jedoch der Wirtschaftsminister und die Umweltministerin ihre Einigkeit bewahren, die sie im Januar auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos präsentiert haben - dass Wirtschaft nicht ohne Umwelt funktioniert und Nachhaltigkeitsfragen zu

allen Ressorts und jedes Ministerium einer Regierung gehören - könnte das Motto „União e Reconstrução“ aufgehen.

I.3. PARAGUAY

	2021	2022	2023
BIP	4,1%	0,2% ^P	4,3% ^P
Inflation	4,8%	8,8% ^P	4,1% ^P
Import	13,75	-	-
Export	14,21	-	-
Wechselkurs^D	6957	7347	7446 ^S
Leitzins	5%	8,25%	8,5% ^S

P=Prognose; Inflation=Jahresdurchschnitt; Import- und Exportzahlen in Milliarden US-Dollar; D=Wechselkurs Guaraní für 1 USD am 07.02.2023; S=Stand: 07.02.2023

Quellen: World Bank, Banco Central del Paraguay (BCP), Statista, Countryeconomy

ALLES BEREIT FÜR DIE NATIONALEN WAHLEN 2023

Am 18. Dezember 2022 wurden Vorwahlen abgehalten, um die Kandidaten für die allgemeinen Wahlen des Präsidenten, der Abgeordneten, der Gouverneure und anderer Behörden am 30. April 2023 zu bestimmen. Nach offiziellen Angaben des Obersten Wahlgerichts werden Santiago Peña und Pedro Alliana, Präsidentschafts- bzw. Vizepräsidentschaftskandidat der Regierungspartei „Asociación Nacional Republicana, die Nationale Republikanische Vereinigung (ANR)“ vertreten. Die Concertación Nacional, ein Zusammenschluss von Oppositionsorganisationen, wird ihrerseits von den Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten Efraín Alegre und Soledad Núñez angeführt. Darüber hinaus erhielt der ehemalige Präsident Horacio Cartes von der Partei Honor Colorado 50,5%, während der

derzeitige Präsident Mario Abdo Benítez nur 38,02% der Stimmen im ANR-Verwaltungsrat erhielt.

Das endgültige Wahlergebnis im Jahr 2023 wird interessant sein, da die Regierungspartei, die seit 76 Jahren an der Macht ist, nach Korruptionsskandalen an Glaubwürdigkeit verloren hat. Nach der Veröffentlichung der Engel-Liste der US-Regierung wurden Vorwürfe gegen die Regierungspartei erhoben, insbesondere gegen den Vizepräsidenten Hugo Velázquez, der am 12. August 2022 zum Rücktritt gezwungen wurde. In dem Bericht wird auch der ehemalige Präsident Horacio Carter, der derzeitige Gewinner der ANR, beschuldigt.

Darüber hinaus finden diese Wahlen in einem Szenario statt, in dem die Regierungspartei ANR einer starken und gut artikulierten Opposition, der Concertación Nacional, gegenübersteht. Nach zwei Jahren Pandemie und einem Jahr Dürre wird für 2022 kein Wachstum der paraguayischen Wirtschaft erwartet. Daher wird die Hauptpriorität der neuen Regierung und das große Thema der Wahlen 2023 die Erholung der Wirtschaftszahlen sein. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die wichtigsten Wahlkampfthemen der Opposition die Korruption und die Förderung von Arbeitsplätzen.

WIRTSCHAFTLICHER AUSBLICK FÜR 2023

Die Daten des ersten Halbjahres der paraguayischen Wirtschaft zeigen die geringe Performance der verschiedenen Sektoren im Land. Für die Landwirtschaft beispielsweise zeigen die letzten offiziellen Daten des Ministeriums für Landwirtschaft und Viehzucht (MAG) eine Kontraktion des Sektors um 34,1%. Als Hauptursache wird die geringe Produktion von Soja, Reis, Zuckerrohr, Maniok und anderen Knollenfrüchten genannt, die durch die schweren Dürreperioden des Jahres beeinträchtigt wurde. Bei der Viehwirtschaft zeigen die Daten einen Rückgang von 2,9%.

Der verarbeitende Sektor sowie der Strom- und Wassersektor verzeichneten dagegen ein leichtes Wachstum. Im ersten Fall gab es einen Zuwachs von 0,5%, im zweiten von 8,9% gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Die Daten der paraguayischen Zentralbank zeigen, dass die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im Vergleich zum Vorjahr um 4,4% zurückgegangen sind, was auf den Rückgang der Exporte von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zurückzuführen ist. Diese Situation wurde jedoch durch die günstige Dynamik der Ausfuhren von Maschinen und Ausrüstungen sowie durch die Erholung der Ausfuhr von elektrischer Energie gemildert.

Nach diesen Zahlen hat die paraguayische Zentralbank für das Jahr 2022 ein Wirtschaftswachstum von 0,2% und eine Inflationsrate von 8,8% vorausgesagt. Die Daten der „Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC)“ zeigen jedoch, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2022 um 0,3% zurückgehen wird, womit Paraguay das einzige Land mit einem negativen Szenario in der Region wäre. Im Jahr 2023 soll die paraguayische Wirtschaft jedoch zwischen 8 und 9% wachsen, und die Inflation soll bei etwa 4,1% liegen, wenn die Bedingungen für ein gutes Landwirtschaftsjahr gegeben sind.

I.4. URUGUAY

	2021	2022	2023
BIP	4,4%	8,3%	3,5 ^P
Inflation	7,7%	9,1%	7,8% ^S
Import	15,02	11,43	-
Export	18,68	13,66	-
Wechselkurs^D	43,58	41,19	38,57 ^S
Leitzins	-2,3%	11,5%	11,5% ^S

=Prognose; Inflation=Jahresdurchschnitt; Import- und Exportzahlen in Milliarden US-Dollar; D=Wechselkurs Uruguayischer Peso für 1 USD am 07.02.2023; S=Stand: 07.02.2023
Quellen: INE, World Bank, Banco Central del Uruguay (BCU), IWF

EIN WEITERES JAHR DER STABILITÄT

Präsident Luis Lacalle Pou von der Mehrfarbigen Koalition (Mitte-Rechts Partei) schließt das dritte Jahr seiner Amtszeit nicht nur mit einer Zustimmungsrate von 48%, sondern auch mit ermutigenden Wachstumswerten für die Wirtschaft ab. Die Zahlen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zeigen beispielsweise, dass Uruguay im Jahr 2022 um 5,3% gewachsen ist, während für 2023 ein BIP-Wachstum von 3% erwartet wird. In Bezug auf die Inflation geht der IWF davon aus, dass die Inflation 2022 bei 9,1% liegen und sich dann bis 2023 auf 7,8% abschwächen wird. Bei der Arbeitslosenquote schließlich werden für beide Jahre keine größeren Veränderungen erwartet, und die Quote bleibt bei 7,9%.

Nach Angaben von Price Waterhouse Coopers (2022) ist das Wachstum der uruguayischen Wirtschaft im Jahr 2022 auf drei Faktoren zurückzuführen: (i) den Investitionsschock durch den Bau der dritten Zellstofffabrik und die damit verbundenen Anlagen, (ii) den Boom bei den Ausfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse und (iii) den "Rebound"-Effekt nach der Pandemie. Darüber hinaus spielten auch die teilweise Normalisierung des Tourismus,

der Inlandsverbrauch, die Auslandsnachfrage und einige große Investitionsprojekte eine Rolle.

Andererseits schloss der uruguayische Peso im Jahr 2022 als eine der besten Währungen der Region gegenüber dem Dollar ab und verzeichnete eine Aufwertung von 11,63% seit Jahresbeginn. Eine weitere gute Nachricht für das Land ist, dass der Länderrisikoindikator (EMBI) bei rund 150 Basispunkten (Bp) lag und damit im Jahr 2022 der niedrigste in der Region war. Beide Nachrichten ermöglichten es, das Land durch seine wirtschaftliche, politische und soziale Stabilität weiterhin als eine interessante Option für Investoren im Jahr 2023 wahrzunehmen.

Die Regierung konnte erreichen, dass ihr wichtigstes Gesetz in dieser Legislaturperiode, „la Ley de Urgente Consideración (LUC) – Dringlichkeitsgesetz (LUC)“ nicht geändert wurde. Das von der Frente Amplio (FA) und einigen sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen des Landes geforderte Referendum endete am 27. März 2022 mit einem NEIN zur Aufhebung von 135 der 476 Artikel des Gesetzes. Obwohl die Befürworter des Referendums ihr Ziel nicht erreichten, waren sie sehr nahe dran, den Willen der Regierung umzuwandeln, denn es fehlten nur 2,7% gültiger Stimmen. In diesem Sinne bildete das Referendum gegen das LUC einen Meilenstein für den Rest der Amtszeit des derzeitigen Präsidenten. Während es der Regierung gelang, den LUC aufrechtzuerhalten, zeigten die FA und die sozialen Organisationen, dass sie ein starkes Gegengewicht zur Agenda der Regierung bilden können. Insbesondere hat die FA bewiesen, dass die Partei immer noch in der Lage ist, die Unzufriedenheit eines Teils der Gesellschaft mit der Regierung zu kanalisieren und zu vermitteln.

Im Bereich der Sozialpolitik sind die Prioritäten der Regierung für das Jahr 2023 die Anhebung der Löhne, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die

Betreuung der schwächsten Bevölkerungsgruppen. Auf wirtschaftlicher Ebene geht es um die Aufnahme der industriellen Produktion in der Zellstofffabrik sowie um Investitionen in der Landwirtschaft und im Baugewerbe.

ANHALTENDE SPANNUNGEN AUF DEM GEMEINSAMEN MARKT DES SÜDENS (MERCOSUR)

Im Laufe des Jahres 2022 hat die uruguayische Regierung nicht nur in nationalen und internationalen Ankündigungen, sondern auch in Gesprächen mit verschiedenen Ländern ihren Standpunkt bekräftigt, dass das Land sich im Bereich des Handels der Welt öffnen und alle Arten von Abkommen mit verschiedenen Nationen schließen sollte. Aus diesem Grund fanden im Laufe des Jahres 2022 drei Treffen zwischen Uruguay und möglichen Partnern statt, die auch Fragen über die Zukunft des Mercosur beinhalteten.

Das erste Treffen fand in Montevideo statt, wo der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu am 23. April 2022 die Eckpunkte für ein Freihandelsabkommen zwischen der Türkei und Uruguay unterzeichnete. Das zweite Ereignis war die Reise von Präsident Lacalle Pou nach China am 13. Juli 2022, wo er ein Durchführbarkeitsabkommen unterzeichnete, das beiden Ländern den Handel mit Industrieprodukten, Rohstoffen und Technologien ermöglichen soll. Dieses Treffen war es auch, welches die größte Besorgnis innerhalb des MERCOSUR-Blocks hervorrief. Das dritte Ereignis war die Reise des uruguayischen Außenministers Francisco Bustillo nach Neuseeland am 1. Dezember 2022, um die Beitrittserklärung der Regierung zum transpazifischen Partnerschaftsabkommen offiziell zu überreichen.

Die letzten Fortschritte Uruguays bei der Suche nach möglichen Handelsabkommen mit Drittländern haben zu einer Krise innerhalb des Mercosur geführt, die sich nicht auf die handelspolitische

Ausrichtung des Blocks beschränkt, sondern vielmehr auf die Art und Weise, in der die Verhandlungen mit Drittländern priorisiert wurden. Einerseits erklärt Uruguay, dass das Land zwar bevorzugt, die kommenden Verträge als Teil des Mercosur-Blocks verhandeln möchte, aber es erwartet dafür zügige Fortschritte bei den Verhandlungen, um die Handelsabkommen auch zeitnah abzuschließen. Zu diesem Zweck hält es das Land für notwendig, kurzfristig die Umwandlung des Blocks in eine Zollunion und einen gemeinsamen Markt zu vollenden und erwartet, dass sich auch andere Mitgliedsstaaten dafür einsetzen. Andererseits betonen nun mehrere Mitglieder, dass, wenn jedes Land für sich Freihandelsabkommen aushandeln dürfe, dies normativ gesehen, einen Verstoß gegen den Gründungsvertrag des Mercosur bedeuten würde. Konkret könnte die von Uruguay angestrebte Situation auch dazu führen, dass Produkte von Drittländern zollfrei in den MERCOSUR eingeführt werden könnten.

Die Diskussion um die Flexibilisierung des Gemeinsamen Marktes wird jedoch bis 2023 andauern. Selbstverständlich werden die Parteien, die bei den bilateralen Treffen und Gipfeltreffen im Jahr 2022 dabei waren, weiterhin darüber diskutieren, was im besten Interesse des Blocks ist. Im Jahr 2022 übergab Uruguay die Präsidentschaft des Blocks an Argentinien, und es bleibt abzuwarten, was passiert, wenn Argentinien sie Mitte 2023 an Brasilien abgibt.

2. MEXIKO, ZENTRAL-AMERIKA UND KARIBIK

Zentralamerika verzeichnete 2022 ein schnelleres Wachstum als erwartet, was auf günstige externe Bedingungen wie hohe Rohstoffpreise, starke Exporte und Überweisungen sowie einen Aufschwung im Tourismus zurückzuführen ist. Der Dienst-

leistungssektor erreichen wieder das Niveau von vor der Pandemie, was zu einer positiven Dynamik führt. Die geografische Nähe zu den USA und ein Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten sind entscheidende Vorteile für Nearshoring in Zentralamerika. Günstige Löhne in den nördlichen Ländern und qualifizierte Arbeitskräfte in Costa Rica für die Fertigung von Produkten mit hoher Wertschöpfung machen die Region für eine Vielzahl von produzierenden Unternehmen interessant. Die gute Lage und Infrastruktur machen Panama als Exporthub zu einem Wettbewerbsvorteil. Als Region kommen Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica und Panama auf 51 Millionen Konsumenten und damit die sechsthöchste Wirtschaftsleistung Lateinamerikas. Ein gemeinsames Freihandelsabkommen erleichtert den Warenaustausch innerhalb der Länder. Auch mit der EU unterhält Zentralamerika ein Handelsabkommen.

Bedingt durch ihre Lage sind einige zentralamerikanische Staaten besonders, aber die Region generell interessant im Spannungsfeld des Kräfteressens der Vorherrschaft zwischen China und den USA. Aber auch die Dynamik der innerstaatlichen Konflikte in Mittelamerika ist eng mit den Interessen und der Politik regionaler und globaler Mächte verknüpft.

Chinas Politik in Mittelamerika zielt darauf ab, so die Meinung von Experten, "ein Gegengewicht gegen die amerikanische Marinepräsenz im Südchinesischen Meer" zu schaffen. Weitere Ziele sind die Absicherung der wirtschaftlich und geopolitisch ungemein wichtigen Schiffspassage durch den Panamakanal sowie der Ausbau von Häfen, Eisenbahnverbindungen und Straßen im Rahmen der globalen Infrastrukturinitiative "neue Seidenstraße". Es deutet sich bereits an, dass Peking seine zunehmende Präsenz nutzen könnte, um die mittelamerikanischen Regierungen zu einer größeren Distanz gegenüber den USA zu ermutigen. Die Biden-Regierung hat indes einen

Strategiewechsel angekündigt (Biden-Plan 2020). Eckpunkte der "US-Strategie für die Bekämpfung der Kernursachen der Migration in Mittelamerika" vom Juli 2021 sind die Adressierung wirtschaftlicher Unsicherheit und Ungleichheit, die Bekämpfung von Korruption, die Stärkung demokratischer Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit, die Förderung der Menschen- und Arbeitsrechte und einer freien Presse, die Prävention und Verhinderung von Gewalt, Erpressung und anderen Straftaten, einschließlich der Bekämpfung sexueller, geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. Dabei stehen die Interessen der USA an wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit, nationaler Sicherheit und Eindämmung der Migration jedoch weiterhin an erster Stelle.

Zentralamerika und das nördliche Südamerika sind einer der größten Hotspots von Flucht und irregulärer Migration weltweit und ein Ende der Migrationskrise ist nicht in Sicht. Der Großteil der Migranten in Zentralamerika kam in den ersten Monaten 2022 aus Venezuela, Haiti, Senegal und Kuba, weiter nördlich stoßen dann noch Honduraner, Guatemalteken und El Salvadorianer hinzu. Mittlerweile stellen die Venezolaner mit 67% den mit Abstand größten Teil aller Migranten, gefolgt von 6,2% Haitianern und – neu auf der Liste – 4% Ekuadorianern. Aber auch Menschen aus China, Nepal, Kamerun, Nigeria und der Demokratischen Republik Kongo finden sich in nennenswerter Zahl (im Vergleich 2021: Haitianer 62%, Kubaner 14%, Chilenen 7% und Brasilianer 6%). Anvisierte Zielländer für nahezu alle Migranten sind meist die USA oder Kanada, aber mittlerweile auch Mexiko.

Der Krieg in der Ukraine erschüttert die Weltwirtschaft und erhöht die Unsicherheit über die Aussichten für Lateinamerika und die Karibik. Schon vor dem Krieg verlor die Erholung der Region nach der Pandemie an Schwung, und im Jahr 2022 kehrt das Wachstum auf die Trendrate von rund 2,5 % vor der

Pandemie zurück. Einige Länder bilden dazu jedoch Ausnahmen, darunter Panama und die Dominikanische Republik.

Der Krieg bringt einen neuen Inflationsschock mit sich, und viele Behörden der Region haben entschlossen mit einer strafferen Geldpolitik und Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der höheren Lebensmittel- und Energiepreise auf die Schwächsten reagiert und so die Gefahr sozialer Unruhen gemindert. Steigende Zinssätze erschweren die Bewältigung der bereits hohen Verschuldung, und eine Intensivierung des Krieges könnte die finanziellen Bedingungen in der Region weiter verschärfen. In diesem Zusammenhang rät die CEPAL, würde eine umfassende Konsolidierungsstrategie die Unterstützung für die Schwächsten aufrechterhalten und gleichzeitig zur Auffüllung der Reserven beitragen.

2.1 MEXIKO

POSITIVE PERFORMANCE IN VOLATILEN ZEITEN

WIRTSCHAFT

Mexiko hat auch 2022 wieder etwas von dem aufgeholt, was es durch die Covid 19-Pandemie an Wirtschaftsleistung verloren hatte. Nearshoring, ausländische Investitionen und andere Faktoren brachten die praktisch stagnierende mexikanische Wirtschaft in Schwung. Dies hat einen gewissen Optimismus geweckt, den die Wirtschaft, der zu Beginn des Jahres eine Stagflation vorausgesagt wurde, auch nötig hatte. Es wird erwartet, dass vor allem der Dienstleistungssektor und der Handel weiter wachsen werden.

Das BIP-Wachstum hat sich 2022 jedoch gegenüber 2021 deutlich verlangsamt, Schätzungen zufolge wird es zwischen 1,8% und 2,5% liegen. Diese

Verlangsamung soll sich auch 2023 fortsetzen, dann gehen Analysten von rund 1,6% Wachstum aus.

Die Inflation betrug Ende 2022 in Mexiko 8,03%, die OECD prognostiziert jedoch bereits 2023 eine rasche Senkung auf 5,7% und 2024 auf 3,27%. Im Vergleich: in Deutschland soll 2023 die Inflation weiterhin 8% betragen und erst 2024 wird mit einer Absenkung auf 3,3% gerechnet.

Um die Inflation abzumildern und zur Verringerung des Kostendrucks in den Haushalten wurde z. B. die vorübergehende Abschaffung der Einfuhrzölle auf wichtige Rohstoffe beschlossen. Dazu wurden in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor die Preise für 24 wichtige Rohstoffe (hauptsächlich Nahrungsmittel) für sechs Monate eingefroren sowie Maßnahmen zur Steigerung der Produktion von Grundgetreide getroffen.

Die Zentralbank hat als Reaktion auf den zunehmenden Inflationsdruck und um die Inflationserwartungen zu verankern, den Leitzins schrittweise auf 10 % angehoben. Eine weitere Erhöhung soll bis Ende 2023 Anfang 2024 max. 10,75% erreichen, dann wird mit einer Absenkung gerechnet.

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 8 Reformen verabschiedet. Diese sind:

Elektrizitätsreform: Die Reform sollte in ihrer ursprünglichen Version der nationalen Elektrizitätsbehörde (CFE) mehr Befugnisse einräumen als bisher. In dieser Form wurde sie aber vom Kongress abgelehnt. Doch mit einer Variation, ausgerichtet auf die Exploration und den Abbau von Lithium, wurde im Anschluss die Reform des Bergbaugesetzes, das die Verstaatlichung von Lithium festlegte, im Schnellverfahren verabschiedet.

Nationalgarde und Streitkräfte: Mit dieser Reform wurde dem Ministerium für Nationale

Verteidigung (Sedena) die administrative und operative Kontrolle über die Nationalgarde übertragen.

López Obrador hat in seiner sechsjährigen Amtszeit fortwährend strategische Verantwortlichkeiten an die Streitkräfte abgegeben, die die Vorherrschaft der Zivilregierung über das Militär in Frage stellen: Die Kontrolle des Zolls, der Häfen, des Flughafens von Mexiko-Stadt, die Militarisierung des Nationalen Migrationsinstituts, mindestens 24 Soldaten und Marinesoldaten in leitenden Positionen bei der Staats- und Stadtpolizei und nun die unbeschränkte Kontrolle der inneren Sicherheit in den Händen der Guardia Nacional, die jeden Bürger untersuchen, verhaften und vor einen Richter bringen kann. Dazu kommt neben der unklaren finanziellen Zuwendung aus Haushaltsmitteln an die Streitkräfte die intransparente Vergabe von Bauprojekten ohne vorherige Ausschreibungen sowie die Übertragung des patrimonialen Betriebs von Staatsvermögens, wie den Betrieb des Flughafens AIFA und des Maya-Zugs. Eine öffentliche Kontrolle der Mexikaner diesbezüglich gibt es nicht.

Wahlrechtsreform: Nach der Energiereform schickte AMLO im April eine Wahlreform in den Kongress. Diese wurde abgelehnt, doch mit einer abgeschwächten Version kam sie beim dritten Anlauf durch. Der Plan C sieht u. a. Kürzungen bei den Ausgaben und der Wahlbürokratie vor. Das bedeutet, die Verwaltungsstruktur des Nationalen Wahlinstituts (INE) soll gestrafft werden, indem dem Exekutivsekretariat Befugnisse entzogen werden und das Budget um rund 3,5 Milliarden mexikanische Pesos gekürzt wird.

Sommerzeit: Für die Annahme dieser Reform zur Abschaffung der Sommerzeit wurde argumentiert, dass durch diese Umstellung Gesundheitsprobleme verursacht werden und eine tatsächliche Stromersparung nicht messbar sei.

Würdige Urlaubstage: Mit dieser Reform wurde der gesetzliche Anspruch auf Urlaub verdoppelt. Jedem Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft werden nun ab dem ersten Jahr seiner Beschäftigung 12 Tage Urlaub gewährt.

Rechte der Frauen: Es gab 2022 mehrere Reformen zugunsten der Rechte der Frauen und das Allgemeine Gesetz über den Zugang von Frauen zu einem gewaltfreien Leben wurde geändert. Eines davon ist das Ingrid-Gesetz, nach dem jeder, der Bilder von Opfern von Gewalttaten verbreitet, mit sechs Jahren Gefängnis bestraft wird. Eine weitere Reform war die Verabschiedung der Strafbarkeit der Verletzung der sexuellen Intimsphäre, bekannt als das Olimpia-Gesetz, als föderales Delikt.

Gleichberechtigte Ehe: Die Reform zur Gleichstellung der Ehe oder die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe wurde 2022 in sieben Bundesstaaten genehmigt: Guerrero, Staat Mexiko, Tabasco, Durango, Tamaulipas, Veracruz und Yucatán.

Schwangerschaftsabbruch und/oder legale Beendigung der Schwangerschaft: in 3 Bundesstaaten wurde die Entkriminalisierung der Abtreibung festgelegt, wodurch Frauen künftig die Möglichkeit haben, einen Schwangerschaftsabbruch vor der 12. Schwangerschaftswoche durchzuführen: in Sinaloa, Guerrero und Baja California Sur.

Im August 2022 erklomm Mexiko wieder den Platz des wichtigsten Handelspartners der USA, vor Kanada und China. Auch in diesem Jahr haben sich Tendenzen in der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung verstärkt. Immer mehr internationale Unternehmen verschieben Produktionsstandorte aus China nach Mexiko, daraus ergeben sich Chancen insbesondere im verarbeitenden Gewerbe und in Bereichen der US-Industrie, die enger mit Mexiko verbunden sind, wie die Automobil- und

Luftfahrtindustrie. Wichtige Zulieferer und Halbleiterhersteller investieren bereits stark in Mexiko, darunter Dayco, Bosch, Cummins, Contemporary Amperex Technology Co. (CATL), der weltweit größte Hersteller von Batterien für Elektrofahrzeuge und Nissan. Intel investiert in die Ausbildung.

China selbst sieht Mexiko ebenso verstärkt als Investitionsstandort – teilweise schon vor Brasilien. Grund dafür sind auch die immer noch niedrigen Lohnkosten, die mit umgerechnet 2,27 US\$ (2021) Stundenlohn im verarbeitenden Gewerbe deutlich geringer sind als in China. Auch die zu Beginn des Jahres 2023 erfolgte Anpassung des Mindestlohns wird das nicht ändern. Daneben sind die Zollvorteile des USMCA-Abkommens und geringere Transportkosten wichtige Faktoren bei der Standortwahl chinesischer Firmen in LATAM.

Die größten Probleme für Unternehmensinvestitionen in Mexiko stellen derzeit die Faktoren Energie & Sicherheit dar. Und die OECD benennt die dringend notwendige Produktivitätssteigerung als eine der wichtigsten Prioritäten für die kommenden Jahre.

Nach Angaben der Bank von Mexiko hat China sowohl im gesamten Jahr 2021 als auch in den ersten vier Monaten des Jahres 2022 Rekorde bei den Wareneinfuhren nach Mexiko erzielt. 2021 überschritt China bei den Ausfuhren nach Mexiko erstmals die 100-Mrd.-Dollar-Grenze (101 Mrd. Dollar) und erreichte damit einen Anteil von 19,9% an den gesamten mexikanischen Einfuhren. Von Januar bis April 2022 kaufte Mexiko dann Produkte im Wert von 38,114 Mrd. Dollar aus China, was einem Anteil von 20,5% entspricht. China exportiert hauptsächlich Telefone, Flüssigkristallgeräte, Computerteile, elektronische integrierte Schaltkreise, Autoteile, elektrische Transformatoren und Teile für Telefon- und Fernsendeder und -empfänger auf den

mexikanischen Markt. Auch im Automobilssektor müssen sich deutsche Unternehmen auf eine wachsende Konkurrenz aus China einstellen. Während Volkswagen in den ersten zehn Monaten des Jahres 2022 sinkende Absatzzahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzeichnete, verdoppelten oder verdreifachten die chinesischen Autobauer MG Motor, JAC und Motornation (BAIC, JMC, Changan) ihre Verkäufe auf dem mexikanischen Markt. Insgesamt setzten sie zwischen Januar und Oktober 2022 rund 55.661 Fahrzeuge in Mexiko ab; Volkswagen kam auf 73.291 verkaufte Modelle. Nach anfänglichen Anlaufschwierigkeiten und Qualitätsproblemen sind chinesische Marken in Mexiko angekommen.

Während sich weltweit die Abkehr von fossilen Brennstoffen in rasantem Tempo vollzieht, sieht der mexikanische Präsident AMLO, die private Industrie für erneuerbare Energien als Bedrohung für seine nationalistische Energiepolitik. Die französische Engie, die italienische Enel und die spanische Acciona Energía gehören zu den ausländischen Unternehmen, denen die mexikanische Energieregulierungsbehörde den Betrieb von Wind- und Solaranlagen untersagt hat, da die Regierung versucht, die Energieversorgung in den Händen des staatlichen Energieversorgers CFE zu konzentrieren. Mindestens ein Dutzend Photovoltaik- und Windkraftprojekte mit einer Gesamtleistung von mehr als 1.500 Megawatt wurden in Mexiko gebaut und sind betriebsbereit, aber es fehlen die Genehmigungen zur Aufnahme des kommerziellen Betriebs. Diese Politik hat auch Auswirkung auf andere europäische Unternehmen, die aufgrund der europäischen Gesetzgebung Erneuerbare Energien für ihre Produktion und oder Produktionsstandorte nutzen müssen und dies in Mexiko oft nur schwer abbilden können.

Mexiko ist die siebtgrößte Agrarmacht der Welt und zählt zu den weltweit größten Produzenten von Kaffee, Zucker, Mais, Orangen, Avocados und

Limetten. Auch die Viehzucht und die Fischerei sind wichtige Bereiche der Lebensmittelindustrie. Mexiko ist außerdem der viertgrößte Bierproduzent der Welt und sein größter Exporteur. Ein großes Problem stellt hier besonders die Ausbreitung und Verschlimmerung von Dürren dar. Seit 2015 verstärkt sich dieses Phänomen und führt zu einem immer größerem Wassermangel, der nicht nur die Bevölkerung direkt, sondern auch die Produktion des Landes trifft, dies vor allem im landwirtschaftlichen Bereich. Wie eine Studie der Bank von Mexiko zeigt, ist vor allem der Wasservorrat bedroht, weshalb dringend Maßnahmen zur Verringerung des Klimawandels allgemein, aber auch für die direkte Wasserversorgung in besonders betroffenen Gebieten angeraten werden. Dem gegenüber steht die stetige Kürzung des Budget der Nationalen Wasserkommission (Conagua) seit 2018. Um den Wassernotstand zu beheben, schlug der föderale Gesetzgeber nun ein größeres Budget für Infrastrukturen zur Wassergewinnung (Staudämme), Abwasserbehandlung, Wasserbewirtschaftung in der Landwirtschaft (Auskleidung von Kanälen und Optimierung von Bewässerungstechniken) und Verbesserungen in den Verteilungsnetzen vor (damit kein Wasser durch Lecks verschwendet wird, was derzeit 40% ausmacht).

AUSBLICK

Mexikos ist durch seine Lage einerseits in der vorteilhaften Position, Unternehmen Lösungen für die aktuellen Herausforderungen im Bereich der Logistikketten anzubieten sowie darüber hinaus auch mit geringeren Lohnkosten und gut ausgebildetem Personal als chancenreicher Investitionsstandort für den Handel mit Nordamerika zu dienen. Andererseits ist Mexiko bereits heute stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen und es braucht umfassende Investitionen, um diesem zu begegnen. Die Schwierigkeit besteht in der Findung

eines Weges, der das nationale Souveränitätsbestreben des Präsidenten befriedigt und trotzdem ausländische Investoren ins Boot holt. Dabei gilt auch das Gebot der Eile, denn gegenüber chinesischen Mitbewerbern scheint der Präsident offener zu sein. Die seit Oktober im Amt stehende Wirtschaftsministerin Buenrostro gab Anfang Dezember bekannt, Mexiko wolle drei bis vier Industrieparks für erneuerbare Energien in einem transozeanischen Wirtschaftskorridor schaffen, auf der Landenge von Tehuantepec (Oaxaca), um die Entwicklung des ärmeren Südens des Landes zu unterstützen. Diese sind Teil von insgesamt 10 Parks, die die Regierung Ende Februar 2023 versteigern möchte. Ziel ist die Ansiedlung von Schlüsselindustrien, darunter die Halbleiterproduktion, in einem Gebiet mit reichlichen Wasservorräten und bisher wenig Investition.

Die Ratifizierung des 2018 geschlossenen Handelsabkommens zwischen der EU und Mexiko ist immer noch ausstehend, was auch daran liegt, dass die EU Schwierigkeiten hat, alle EU-Staaten zur Unterzeichnung zu bringen. Sie will deshalb erst einmal Teile des Abkommens in Kraft setzen und dies durch eine Unterzeichnung mit Mexiko-Stadt bewerkstelligen. Mexiko dagegen drängt auf eine Gesamtentscheidung – um separate Genehmigungsphasen zu verhindern.

Fazit: Die derzeitige volatile Lage auf dem Weltmarkt bezgl. Rohstoffpreisen und Logistikketten kann dem Land von Nutzen sein, denn es ist als direkter Nachbar der immer noch größten Wirtschaftsmacht der Welt und Teil eines starken Wirtschaftsblocks ein attraktiver Markt für Zulieferer aller Art. Der Klimawandel wird auch in Mexiko Investitionen in nachhaltige Energieproduktion, Logistik und Landwirtschaft erfordern. Deutschland und Europa sollten sich um eine stärkere Vernetzung mit Mexiko bemühen, um diese Potenziale für seine Wirtschaft zu nutzen.

2.2 GUATEMALA

Guatemala ist mit knapp 17 Mio. Einwohnern die achtgrößte Volkswirtschaft und das bevölkerungsreichste Land Mittelamerikas. Trotz einer stabilen und wachsenden Wirtschaft lebt immer noch die Hälfte der Bevölkerung an der Armutsgrenze. Im Welthunger-Index 2022 belegt Guatemala Platz 79 von 121 Ländern, für die ausreichend Daten für die Berechnung der WHI-Werte 2022 vorliegen. Knapp 50% der Kinder in Guatemala leiden an chronischer Unterernährung. Das Coronavirus und drei tropische Stürme im Jahr 2020 haben die wirtschaftliche und soziale Lage verschärft. Das Land ist bestrebt, die regionale Zusammenarbeit zu stärken und die Sektoren zu fördern, in denen Guatemala bereits gut ist, wie z.B. Bekleidung und Textilien sowie den Lebensmittelsektor, zusätzlich zu neuen Bereichen, in denen es bisher noch nicht so stark entwickelt ist, wie z.B. Kundendienstzentren, Business Process Outsourcing, Pharmazeutika und Elektrogeräte. 2022 wurde versucht, die Erdölförderung wieder anzukurbeln, die in den letzten beiden Jahren um jeweils knapp 20% zurückgegangen war. Zudem hat man begonnen, den Ethanol-Markt auszubauen. Die Gemüseexporte stiegen um fast 10% gegenüber 2021, ein Hinweis auf die extreme Kluft in der Gesellschaft. Im Laufe des Jahres kam es zudem wiederholt zu Konflikten mit dem Bergbau – indigene Gemeinden klagen gegen Minen und den Goldabbau. Ein weiteres großes Problem in Guatemala ist die Migration. Die Menschen verlassen in Kolonnen das Land Richtung USA; laut Zahlen des Instituts für Migration wurden 2022 mehr als 94 Tausend Migranten aus den USA nach Guatemala zurück deportiert, 128% mehr als im Jahr davor.

Nach einem enormen BIP-Wachstum im Jahr 2021 von 8%, schrumpfte die Veränderung 2022 laut

CEPAL auf 3,7%, erwartet wird ein leichter Rückgang in den kommenden Jahren. Die Inflationsrate stieg ebenfalls, jedoch nicht so stark wie in anderen Ländern der Region und liegt bei 6,4%, erwartet wird hier ein leichter Rückgang im nächsten Jahr.

Die IDB (Inter-American Development Bank) empfiehlt eine stärkere Digitalisierung der Wirtschaft, die Elektrifizierung des ländlichen Raums und die Bekämpfung des Klimawandels, zum Beispiel auch durch eine nachhaltige Waldnutzung. Die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Deutschland läuft Ende 2023 aus. Dennoch bietet sich das Land als Einstieg in die Region an, denn es hat sich den Ausbau der Erneuerbaren auch in Zusammenhang mit der Produktion von grünem Wasserstoff in die Agenda geschrieben. Die Nachfrage insbesondere nach deutscher Technologie ist enorm.

2.3. EL SALVADOR

Das Land befindet sich fast das gesamte Jahr 2022 im Ausnahmezustand, den der Präsident, Nayib Bukele, zur Bekämpfung der gewalttätigen Bande, den Maras, ausgerufen hatte. Und er zieht sich auch über den Jahreswechsel hin, denn nur Stunden nachdem Präsident Bukele in einer Twitter-Botschaft behauptet hatte, dass das Land "300 Tage ohne Morde" erreicht habe, wurde erneut das Notstandsregime genehmigt, ohne jedoch Statistiken zu nennen. Die Behörden führen diese Maßnahme und den Plan zur territorialen Kontrolle auf den Rückgang der Morde zurück, die nach offiziellen Angaben im Jahr 2022 bei 496 lagen, das sind 57% weniger als im Jahr 2021. Im Bau dafür ist auch eine Art MEGA – Gefängnis, welches ausschließlich Bandenmitglieder der Maras aufnehmen soll. 58.000 Bandenmitglieder

und Personen, die mit diesen Banden in Verbindung stehen, wurden bereits festgenommen.

Die Kritik an einer mangelnden Gewaltenteilung im Land fußt auf der Regierungsführung, die stark auf die Person des Präsidenten konzentriert ist.

Der wichtigste Handelspartner El Salvadors sind immer noch die Vereinigten Staaten sowohl bei den Einfuhren als auch bei den Ausfuhren. Zu China weist das Land ein großes Handelsdefizit auf, China liefert knapp 17% aller Güter und kauft nahezu nichts aus El Salvador.

Das Wirtschaftswachstum hat sich 2022 wieder sehr verlangsamt, nachdem 2021 die Verluste aus 2020 wieder wettgemacht werden konnten. Mit 2,5% liegt das Land derzeit im Mittel von Zentralamerika. Erwartet wird allerdings ein weiterer Rückgang für die nächsten Jahre.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und vor allem der Stromnetze benötigt auch in Zukunft vermehrte Investitionen. Die auf Bitcoin basierende Finanzpolitik der Regierung erschwert die Vertrauensbildung und nötige Sicherheit für ausländische Direktinvestitionen jedoch.

2.4. HONDURAS

Nach einem Erdrutschsieg bei den Wahlen im November 2021 übernahm Xiomara Castro, die ehemalige First Lady, das Amt der Präsidentin, als erste Frau in diesem Amt. Sie erbte einen zutiefst korrupten Staatsapparat, was sie dazu veranlasste, ihren Vorgänger Juan Orlando Hernández wegen seiner Verbindungen zum Drogenhandel an die USA auszuliefern, anstatt ihn der honduranischen Justiz zu überstellen. Zudem garantierte sie die staatliche Nationale Elektrizitätsgesellschaft, subventioniert

weiterhin Brennstoffe und unterstützte die Abschaffung der von Hernández eingeführten Beschäftigungs- und Entwicklungszonen (Zedes), die die Privatisierung von natürlichen Ressourcen und strategischen Mineralien ermöglichten, durch den Nationalkongress. Ebenso erließ die neue Präsidentin in ihrem ersten Amtsjahr ein Verbot für den Tagebau und tritt für Umweltschutz und nachhaltige Waldbewirtschaftung ein.

Als Reaktion auf die steigende Kriminalität und zur Bekämpfung von Banden in vielen Regionen des Landes wurde Ende des Jahres in 167 Gebieten des Zentraldistrikts (Tegucigalpa und Comayagüela) und in San Pedro Sula ein einmonatiger Ausnahmezustand verhängt, 2023 um weitere 45 Tage verlängert. Verschiedene Arten von Gutscheinen, wie das Programm Red Solidaria und das Bono Esperanza für gefährdete Bevölkerungsgruppen wurden eingeführt und das Gesundheits- und das Bildungsbudget aufgestockt.

Im Dezember unterzeichnete die Präsidentin eine Vereinbarung zwischen der honduranischen Regierung und den Vereinten Nationen über die Einrichtung einer Internationalen Kommission gegen Korruption und Straflosigkeit (CICICH), deren Umfang und Dauer jedoch noch nicht bekannt gegeben wurden.

Die Herausforderungen des Staates liegen besonders in folgenden Bereichen: Bekämpfung der Korruption, Ausbau der Infrastruktur, vor allem auch im Bereich Energie, Eindämmung der Migrationsströme, Schaffung von regulären Arbeitsplätzen, die Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion, die Anwerbung von Investitionen, Eindämmung der Staatsschulden etc.

Das BIP hat sich gegenüber dem Vorjahr stark reduziert. Mit 12,4% konnte das BIP die Verluste aus 2020 abfedern. 2022 verlangsamte sich das

Wachstum auf 3,4 - 3,5%, auf diesem Wert soll es sich in den kommenden Jahren voraussichtlich stabilisieren. Die Inflationsrate stieg kräftig auf 8,6%, erwartet wird, dass sie auch 2023 auf diesem Wert verbleibt.

Die honduranische Maquiladora-Industrie berichtete, dass 47,3 % der im Land hergestellten Textilwaren 2022 in die Vereinigten Staaten geschickt werden. Nach offiziellen Zahlen der Zentralbank von Honduras (BCH) beliefen sich die Exporte von Kleidung und elektrischen Kabelbäumen in die Vereinigten Staaten auf 14,937 Millionen Dollar. Honduras ist damit der größte Textillieferant in der Region, gefolgt von Guatemala mit 22%, Nicaragua mit 18% und El Salvador mit 10%. Die USA sind mit Abstand der größte Abnehmer und Lieferant von Waren aus und nach Honduras.

2.5. NICARAGUA

Das Land isoliert sich immer mehr. Die Beziehungen zu Taiwan wurden beendet und China eröffnet seine Botschaft im Land. Daniel Ortega trat zusammen mit seiner Frau Rosario Morillo 2022 seine fünfte Regierungszeit an, indem er zuvor alle relevanten Oppositionsparteien und Führer verbieten und verhaften ließ. Die EU und die USA haben Sanktionen gegen das Regime und die Personen Ortega und Murillo verhängt. Politisch wendet sich Nicaragua immer mehr China und Russland zu, wirtschaftlich ist es aber vorrangig auf die USA ausgerichtet, die mit Abstand der größte Abnehmer sind. Die Erholung der Wirtschaft hat sich gegenüber dem vergangenen Jahr abgeschwächt, das BIP liegt bei 3,5%. Die Weltbank berichtet, dass ca. 10% der formell arbeitenden Bevölkerung nach 2021 in informelle Arbeitsverhältnisse gewandert sind. Nicaragua ist nach wie vor eines der am wenigsten entwickelten

Länder Lateinamerikas. 2022 mussten zusätzlich hohe Ausgaben für Öleinfuhren aufgebracht werden, das dürfte sich 2023 wieder regulieren. Die Inflation wird voraussichtlich im Jahr 2022 ihren Höhepunkt erreicht haben und danach zurückgehen, da der Druck auf die Rohstoffpreise nachlässt und die höheren Zinsen die Inlandsnachfrage dämpfen.

Das gesellschaftliche Leben war geprägt von der Einschränkung oppositioneller Einrichtungen und Meinungsgebern. So schloss das Regime weitere Bildungseinrichtungen und NGOs und wies u.a. die Vertreter des Roten Kreuzes aus. Der Botschafter Nicaraguas bei der Organisation Amerikanischer Staaten trat 2022 zurück.

China teilte 2022 mit, es werde ca. 564 Millionen US-Dollar in die Erzeugung, Übertragung und Verteilung von Strom in Nicaragua investieren: in neue Stromübertragungsleitungen, in die kommerzielle Verwaltung und das Stromverteilungssystem sowie in den Bau und die Modernisierung des nationalen Lastverteilungszentrums. Zudem sollen rund 49 Millionen US-Dollar investiert werden, um Nicaragua beim Projekt Elektromobilität zu unterstützen, das die Einführung von Elektrofahrzeugen im Land fördert, den Aufbau von Ladeinfrastruktur beschleunigt und lokale Kapazitäten für den Betrieb und die Wartung der neuen Technologie schafft. 8 Mio. US-Dollar gehen in den Bereich der Telekommunikation, um ein Datenzentrum für die Verwaltung und den Betrieb des Telekommunikationsnetzes einzurichten und die Abdeckung mit Mikrowellensystemen an abgelegenen Standorten mit begrenzter Abdeckung, wie Corn Island und San Juan de Nicaragua, zu erweitern.

Mit Russland wurde die friedliche Nutzung von Atomenergie vereinbart.

Anfang des Jahres 2023 kam es zu einer Welle der Repression gegen Oppositionelle. Ortega ließ 222

Oppositionelle in die USA abschieben und ihnen sowie 94 Personen im Exil wurde die Staatsbürgerschaft entzogen.

2.6. COSTA RICA

2022 fanden in Costa Rica Präsidentschaftswahlen statt. Der ehemalige Finanzminister, Rodrigo Chaves, von der sozialdemokratischen PPSD gewann die Stichwahl um die Präsidentschaft und übernahm am 8. Mai die Regierung. Costa Rica gilt weiterhin als eine der stabilsten Demokratien des amerikanischen Kontinents. Die Wachstumsrate des BIP ging auch in Costa Rica 2022 wieder zurück und lag bei 3,5%. Die Inflationsrate stieg wie in vielen Ländern weltweit ebenfalls in Costa Rica auf historische Höchststände und lag im Durchschnitt bei geschätzt 8,9%. Die Inflation gleicht die Auswirkungen des Wirtschaftswachstums aus und setzt die Kaufkraft der unteren Einkommensgruppen unter Druck. Trotz kompensatorischer Sozialhilfemaßnahmen wird die Armutsquote, laut Weltbank, voraussichtlich bei 14,4% im Jahr 2022 liegen. Da sich die Inflation stabilisiert und sich die Arbeitsmarktbedingungen aufgrund des Wachstums im Dienstleistungssektor verbessern, wird erwartet, dass die Armutsquote 2023 zurückgeht und sich dann 2024 bei etwa 13,8% stabilisiert.

Der Freihandelszonensektor ist ein Sektor mit stetigem Wachstum = die Wachstumsrate lag 2022 hier bei 8,9% des Bruttoinlandsprodukts von Costa Rica. Die generelle Reaktivierung nach der Pandemie zeigt noch Probleme in den Bereichen Tourismus und Bildung. Der Agrarsektor musste im Jahr 2022 einen Rückgang von 3,7% hinnehmen, was auf die klimatischen Bedingungen, aber auch auf den Krieg in der Ukraine zurückzuführen ist, der die Produktionskosten und die Rohstoffpreise in die

Höhe getrieben und die Ausfuhren von Agrarerzeugnissen beeinträchtigt hat. Ebenfalls basierend auf den Auswirkungen des Ukraine Krieges schrumpfte das Baugewerbe in diesem Jahr mit 25,3% im Vergleich zum Vorjahr am stärksten. Die verarbeitende Industrie wuchs dagegen 5,7%, angetrieben von der medizinischen Ausrüstung und der pharmazeutischen Industrie, während der Dienstleistungssektor um 5,2 % und der Handel um 1,7 % gewachsen sind.

2023 wird ein etwas weniger bei BIP-Wachstum erwartet (2,7%) und die Inflation wird weiterhin relativ hoch bleiben (über 6% werden prognostiziert). Zentrale Herausforderungen für 2023 sind die Aufrechterhaltung und Verstärkung des Engagements für ausländische Direktinvestitionen und den Handel, die für die Diversifizierung des Exportkorbs von entscheidender Bedeutung sind, sowie die Verbesserung der Bedingungen für den Aufschwung inländischer Unternehmen, um den Lebensstandard zu erhöhen und formelle Arbeitsplätze zu schaffen. Allgemeine und berufliche Bildung haben für Costa Rica hohe Priorität, können aber in ihrer Qualität noch verbessert werden.

2.7. PANAMA

Das Wirtschaftswachstum gelang Panama 2022 besser als anderen Ländern in Lateinamerika, es lag bei 7,4%, und betrug damit etwas weniger als die Hälfte von 2021 (15,3%). Geschätzt wird, dass es sich 2023 noch mehr verlangsamt, auf rund 4%.

Das Land profitierte vom Outsourcing der Unternehmen, die Logistikdienstleistungen wachsen verstärkt an. Der Bergbau zahlt seit 2022 auch vermehrt Steuern an den Staat, was die Einnahmen erhöht hat. Zudem hat sich Panama ebenfalls die

Energiewende in die Agenda geschrieben, so werden Solarparks gebaut, die die Freihandelszonen mit Erneuerbarer Energie beliefern. Die Produktion von Biokraftstoffen wird ebenfalls vorangetrieben - die Bioraffinerie Ciudad Dorada soll die modernste und größte Produktionsplattform für nachhaltigen Flugkraftstoff (SAF) der Welt werden.

Trotz allem verbleibt das Land auf der schwarzen Liste der Steueroasen – ein Problem für Investitionen. Ein weiteres Problem ist die Müllproblematik, hier braucht es dringend Lösungen für Produktion, Konsum und Recycling. Steigende Benzinpreise führten zu Protesten im ganzen Land, die Regierung froh Preise ein und erstellte einen Einsparungsplan für Ausgaben der Regierung. Trotz allem, nach jahrzehntelangem Wachstum von rund 6,3 % pro Jahr wird die Kluft zwischen Arm und Reich in Panama immer größer, ebenso wie die mangelnde Transparenz bei der Besteuerung. Es gibt Streiks von Gewerkschaften, sozialen Organisationen, indigenen Gruppen und anderen Sektoren im ganzen Land. Die Straßenproteste erklären sich aus der Unzufriedenheit mit dem etablierten Wohlstandsmodell, der enormen Ungleichheit und den Korruptionsskandalen der Eliten. Zu den Forderungen der Bevölkerung gehören die Senkung der Kosten für Lebensmittel, Brennstoffe und Energie sowie die Erhöhung des Bildungsbudgets.

2.8. DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Die Wirtschaft der dominikanischen Republik hat sich aus der Krise stark entwickelt, das BIP-Wachstum stieg ja im vergangenen Jahr auf mehr als 12% und lag 2022 bei 5,1% (CEPAL). Auch für die kommenden Jahre wird ein Wachstum von über 4% prognostiziert. Die Inflationsrate schoss leider

ebenfalls im letzten Jahr in die Höhe und lag 2022 bei 9%, 2023 wird ein Rückgang auf 5,7% erwartet.

Das Nachbarland Haiti, mit dem sich die DOM die Insel Hispaniola teilt, gilt einige Experten als gescheiterter Staat und kämpft mit Korruption, Bandengewalt und einer nicht vorhandenen Staatsgewalt. Die desaströsen Zerstörungen aus Wirbelstürmen und Erdbeben haben die Strukturen des Landes in den letzten Jahren fast völlig zerstört und geben der Bevölkerung kaum Chancen auf ein normales Leben. Nach den jüngsten Daten der Weltbank und der dominikanischen Regierung leben 60% der haitianischen Bevölkerung in Armut, während es in der Dominikanischen Republik 24% sind. Die extreme Armut erreicht in Haiti 24%, während sie auf der anderen Seite der Grenze bei 3,5% liegt. Tausende Haitianer überqueren täglich die Grenze auf der Suche nach Arbeit. Im Februar 2022 begann die Dominikanische Republik mit dem Bau einer Mauer, um sich vor der grenzüberschreitenden Gewalt der rivalisierenden Banden in Haiti zu schützen und die Migrationsbewegung sowie den Warenschmuggel besser zu kontrollieren. Im September schloss das Land seine diplomatische Vertretung in Haiti und gab den Geschäftsbankbetrieb im Nachbarland auf.

Ein Erfolg für den Umweltschutz musste der Umweltminister des Landes, Orlando Jorge Mera, mit dem Leben bezahlen – die Verdopplung der Meeresschutzgebiete. Doch es ist ihm gelungen und heute sind 30% der dominikanischen Gewässer geschützte Gebiete.

Derzeit ist das Land dabei, einen rechtlichen Rahmen für die Nutzung von Wasserstoff als Kraftstoff zu schaffen und bemüht sich verstärkt um den Ausbau erneuerbarer Energien.

2.9. KUBA

Seit den sozialen Protesten 2021 hat sich die wirtschaftliche Lage des Landes weiter verschlechtert. Tausende Kubaner haben das Land bereits verlassen, eine große Auswanderungswelle über Nicaragua wurde vermerkt: seit Oktober 2021 sind bereits mehr als 140 000 Kubaner irregulär über die mexikanische Grenze in die USA eingereist.

In den letzten Monaten ist der Dollar um 30 % gestiegen. Es gibt keine Produktion und keine Anreize für die Produktivität, die bisher durchgeführten Reformen sind unzureichend und langsam, die Devisenreserven des Landes sind auf ein Minimum gesunken, so dass die Importe um 40% zurückgegangen sind, der Versorgungsengpass ist enorm. Die Bevölkerung hat kein Vertrauen in den kubanischen Peso oder in die Zukunft, immer mehr Fachkräfte wandern ab und der Dollar steigt weiter. Heute rationiert Kuba fast alle Produkte: das Land importiert zwischen 60 - 70% der Lebensmittel, die es verbraucht, was nach offiziellen Angaben etwa 2 Mrd. USD pro Jahr kostet. Die Pandemie, die Verschärfung der Sanktionen des US-Wirtschaftsembargos gegen Kuba und Fehler in der makroökonomischen Verwaltung haben zu Engpässen bei Grunderzeugnissen, hohen Preisen, einer teilweisen Dollarisierung der Wirtschaft und hoher Inflation geführt.

Die Inflationsraten stehen selbstverständlich in keiner Relation zum Welthandel, doch die enorme Steigerung zeigt auch hier die Beeinflussung aus der Pandemie und der weltweiten Veränderung der Handelsströme. So betrug die Inflation 2021 152%, 2022: 65,7% und man schätzt 2023: 44,2% (GTAI).

Gleichwohl ist eine langsame „kleinste“ Öffnung des Marktes vernehmbar, es sind heute knapp 2.200 private Klein- und Kleinstunternehmen zugelassen. Die Wirtschaftskraft hat sich von der Pandemie

dennoch kaum erholt, so liegt das erwartete Wachstum zwischen 2% und 3,2%, auch für die kommenden Jahre wird keine wesentliche Steigerung prognostiziert.

Das Land verfügt über eine angesehene Biopharmaindustrie und möchte in den nächsten Jahren die Erneuerbare Energieversorgung ausbauen. Das Ziel ist 2,1 GW Strom durch Solar zu erzeugen, erste elektrische Fahrzeuge sind auch bereits unterwegs.

Immer wieder wird die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den USA gefordert, erste Anzeichen für eine pragmatischere und entspanntere Beziehung zu Havanna konnten 2022 im Weißen Haus bemerkt werden. Dennoch hat sich die Sanktionspolitik der USA bisher nicht geändert. Allerdings hob Biden die Flugbeschränkungen von US-Bürgern nach Kuba wieder auf und Kuba kündigte an, dass es ausländischen Investoren zum ersten Mal seit 60 Jahren erlauben wird, sich am Groß- und Einzelhandel der Insel zu beteiligen.

3. ANDENREGION

3.1. BOLIVIEN

	2021	2022	2023
BIP	6,11%	3,80%	4,8% ^P
Inflation	0,90%	3%	3,6% ^P
Import	9,6	9,02	-
Export	11,3	5,71	-
Wechselkurs^D	6,73	6,90	6,90 ^S
Leitzins	3,9%	4,09%	3,6 ^P

=Prognose; Inflation=Jahresdurchschnitt; Import- und Exportahlen in Milliarden US-Dollar; D=Wechselkurs Boliviano für 1SD am 07.02.2023; S=Stand: 07.02.2023

Quellen: World Bank, Banco Central de Bolivia, Statista, Exchange Rates UK

WIRTSCHAFTLICHE STABILITÄT INNERHALB DER POLITISCHEN POLARISIERUNG

Seit dem Putsch gegen Evo Morales im Jahr 2019 befindet sich das Land in einer anhaltenden und tiefen Krise der staatlichen Institutionen. Dies hat auch Auswirkungen auf den derzeitigen Präsidenten, Luis Arce Catacora, vom Movimiento al Socialismo (MAS). Die Krise hat vor allem die Legitimität der Polizei, der Streitkräfte und der Justiz beeinträchtigt.

Innerhalb der Regierungspartei ist die Situation nicht viel anders. Trotz des bedeutenden Wahlsieges von Arce mit 55 % der Stimmen im Jahr 2020, gibt es in der Partei weiterhin interne Streitigkeiten zwischen den Anhängern der Ideen von Evo Morales und den Progressiven. In diesem Szenario hat der derzeitige Präsident jedoch eine große Fähigkeit bewiesen, nämlich wirtschaftliche Stabilität im Land zu schaffen. "Bolivien schwimmt gegen den Strom der Inflationstendenzen und der wirtschaftlichen Stagnation, die die Welt und die Region überfluten. Diese wirtschaftliche Stabilität, verbunden mit Wachstum und einem Handelsbilanzüberschuss, wirkt als wichtiger

Stabilisierungsfaktor für die politische Lage“, schreibt Javo Ferreira.

Konkret hat Bolivien in der ersten Hälfte des Jahres 2022 eine kumulierte BIP-Veränderung von 4,13 % erreicht. Die Weltbank erwartet, dass das Land in diesem Jahr mit einem Wachstum von 4,1 % abschließen wird, dank der guten Leistungen in den Sektoren Verkehr, Strom, Gas und Wasser. Die Inflationsrate liegt im Jahr 2022 bei etwa 3% und ist damit im Vergleich zu den anderen Ländern sehr niedrig. Der Internationale Währungsfonds berichtet in seinem letzten Dokument unter dem Titel „Die wirtschaftlichen Aussichten für Lateinamerika“, dass die Inflation trotz des festen Wechselkurses, der starken landwirtschaftlichen Produktion, verschiedener Subventionen und Preiskontrollen im 2022 Jahr bei 4,1 % liegen könnte.

Im Jahr 2023 werden nach Prognosen zum Staatshaushalt der Regierung von Präsident Arce ein Wirtschaftswachstum von 4,86 %, eine Inflationsrate von ca. 3,6% und öffentliche Investitionen in Höhe von 4,006 Mrd. Dollar erwartet, von denen 42% in produktive Sektoren fließen sollen. Darüber hinaus wird erwartet, dass 10,8% des Haushalts für Bildung, 10,1% für Gesundheit und 1,8% für Verteidigung im Jahr 2023 verwendet werden. Die Weltbank ihrerseits ist nicht so optimistisch wie die Regierung und prognostiziert für 2023 ein Wachstum von 2,8% und 2,7% im Jahr 2024.

DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG, EIN WEITERER POLITISCHER MOTOR

Im Jahr 2022 sah sich die Regierung von Präsident Arce mit zwei organisierten Aufständen von Gewerkschaftsgruppen konfrontiert. Der erste fand in La Paz statt und wurde im September von Koka-Bauern durchgeführt. Nach monatelangen Konflikten brach der Kampf um die Kontrolle des legalen Koka-Marktes in La Paz mit Brandstiftung, Plünderungen und Protesten aus. Seit 2021 streiten zwei

Gruppen von Kokabauern, nämlich die, die auf dem traditionellen Markt von Villa Fatima arbeiten, und die, die einen "Parallelmarkt" unter der Kontrolle des Anführers Arnold Alanes gegründet haben.

Am 22. Oktober begann der zweite Streik in Santa Cruz, dem Wirtschaftsmotor des Landes; er dauerte 36 Tage. Die Aktivitäten des Landes wurden durch Blockaden und Gewalttaten lahmgelegt und versetzten ihm dadurch einen schweren wirtschaftlichen Schlag. Ziel der Demonstrationen in dieser Stadt war es, dass die Regierung eine Volkszählung durchführt, die zwar für das Jahr 2022 vorgesehen war, aber auf 2024 verschoben wurde.

Mit den neuen Bevölkerungsdaten wollten die Einwohner der Region einerseits Zugang zu mehr staatlichen Ressourcen erhalten und andererseits ihre Vertretung in der Legislative erhöhen. Analysten sind der Meinung, dass die Ergebnisse der Volkszählung, die im Jahr 2022 hätten durchgeführt werden sollen, bei den Wahlen im Jahr 2025 zur Anwendung gekommen wären und möglicherweise die Parteienlandschaft im Land verändert hätten. Die Region ist nicht nur reich an Fleisch- und Sojaexporten, sondern auch eine Bastion der Opposition gegen die Regierung von Präsident Luis Arce. So könnte eine Neueinteilung der Wahlkreise die Interessen der Nichtregierungsparteien stärken.

Im Jahr 2023 wird es interessant sein zu beobachten, wie sich die politische Landschaft im Vorfeld der Wahlen im Jahr 2025 entwickelt. Es könnte weiterhin zu Demonstrationen verschiedener Gewerkschaften im Land kommen, da die Regierung wie in den vergangenen Jahren Maßnahmen ergreift, um Arbeits- und Gewerkschaftsrechte zu beschneiden oder einzuschränken.

3.2. CHILE

GENERATIONSWECHSEL

POLITIK

Das politische Erbe aus den Sozialen Aufständen von 2021 war die Aufstellung eines Gremiums, welches mit der Neufassung einer Verfassung für Chile beauftragt wurde. Die Mitglieder dieses Gremiums wurden im Mai 2021 gewählt. Später, und ebenfalls aus den Protestbewegungen hervorgehend, entstand der Pakt „Apruebo Dignidad“, der die Koalitionen „Frente Amplio“ und „Chile Digno“ zusammenführte. Diese Gruppe stellte die Präsidentschaftskandidatur von Gabriel Boric Font auf, der nach seinem Wahlsieg beschloss, die Partei der Sozialisten (PS), die Partei „Por la Democracia“ (PPD), die Radikalen (PR) und die Liberalen (PL), die sich in einem als Demokratischer Sozialismus bezeichneten Bündnis zusammengeschlossen hatten, zum Regierungsbeitritt aufzufordern. Dies bedeutete den endgültigen Bruch der ehemaligen Absprache mit der Christdemokratischen Partei, die nicht in die neue Regierung eingeladen wurde. Kurz vor Weihnachten 2021 gewann der politische Outsider Gabriel Boric die Stichwahl um das Präsidentenamt und durchbrach damit zum ersten Mal die seit 32 Jahren andauernde abwechselnde Regierungsführung einer Mitte-Links-Partei (Concertación bzw. Nueva Mayoría), 24 Jahre, und einer Mitte-Rechts-Koalition (Alianza por Chile bzw. Vamos Chile), 8 Jahre.

Die Führungsfigur der Studierendenbewegung, Gabriel Boric, der 35jährige und damit jüngste Präsident der chilenischen Geschichte, trat sein Amt am 22. März 2022 an.

Sein erklärtes Ziel ist es, die sozialen und geografischen Asymmetrien in Chile zu überwinden und die chilenische Demokratie zu vertiefen. Der neue Staatspräsident will sowohl die gesetzlich aner-

kannten Rechte und Partizipationsmöglichkeiten erweitern als auch die sozioökonomischen Ungleichheiten verringern und den sozialen Zusammenhalt fördern. Es begann seine Präsidentschaft in einer Zeit des Umbruchs, der nicht nur die Parteienlandschaft betrifft, sondern auch das Selbstverständnis des chilenischen Staates. Borics Präsidentschaft markiert den Generationswechsel in der chilenischen Politik.

Die neue Regierung übernahm ein Chile, welches sich stark aus der Pandemie herausgekämpft hat, indem es 2021 zum Impfweltmeister wurde, doch was sich seit 2019 in einem Umbruch befindet. Die Ernennung junger Fachleute und von Spezialisten für die Leitung von Ministerien und Institutionen sowie die Fortführung wichtiger und zukunftsweisender Programme und Agenden der Vorgängerregierung haben dem Schreckgespenst vor einer „linken“ Regierung erst einmal den Schleier geraubt und zeigen einen pragmatischen, sozial sowie nachhaltig orientierten, aber auch moderneren Politikansatz. Die chilenische Wirtschaftspolitik bleibt auch nach dem Regierungswechsel im März 2022 weiterhin marktwirtschaftlich orientiert; der Großteil aller Wirtschaftssektoren ist liberalisiert und privatisiert.

So legte die Regierung von Gabriel Boric einen Plan zur Wiederbelebung der chilenischen Wirtschaft vor, der 3,7 Mio. USD stark ist. Der umfassende Konjunkturplan, den die chilenische Regierung als „Chile Apoya“ (Chile unterstützt) bezeichnet hat, enthält verschiedene Maßnahmen zur Bewältigung des Wirtschaftsabschwungs. Vorgesehen sind rund 1,386 Mio. USD für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Unterstützung benachteiligter Bevölkerungsgruppen, 1,34 Mio. USD für die direkte Unterstützung von Familien und weitere 1 Mio. USD für kleine und mittlere Unternehmen. Eine der Maßnahmen ist die Verlängerung der Notstandsbeihilfe für Familien (IFE) von September bis Dezember, mit

besonderem Augenmerk auf junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, Frauen, über 55-Jährige und Menschen mit Behinderung. Der chilenische Kongress hatte bereits Ende 2021 grünes Licht für den Vorschlag von Präsident Sebastián Piñera gegeben, den Bürgern des Landes, die älter als 65 Jahre sind und nicht zu den reichsten 10 % der Bevölkerung gehören, eine allgemeine Rente zu gewähren. Die neue „Garantierte Universalrente“ (PGU) wird seit Februar 2022 an die begünstigte Bevölkerung ausgezahlt.

2021 betrug das BIP-Wachstum knapp 12% und hatte damit den Verlust des Vorjahres nicht nur wett gemacht, sondern wies mit mehr als 5% zudem ein beträchtliches Wachstum auf. Dieses verlangsamte sich 2022 auf gerade einmal 2% und die Voraussagen für die kommenden Jahre erreichen die gewohnten Wachstumszuwächse von rund 4% pro Jahr nicht mehr. Dies liegt zum einen an der gedämpften Weltkonjunktur, aber auch an den gestiegenen Preisen für Öl und Gas und den immer noch vorherrschenden logistischen Engpässen im Weltmarkt. Die Inflation kletterte zudem auch in Chile auf neue Höchstwerte und im Oktober lagen die Gesamt- und die Kerninflation bei 12,8 bzw. 10,8 % im Jahresvergleich. Die chilenische Zentralbank hob ihren Leitzins auf 11,25 % an, um die rasant steigende Inflation einzudämmen.

Die Geldpolitik wurde 2022 deutlich gestrafft und trägt dazu bei, Ungleichgewichte in der Wirtschaft zu beseitigen. Die Inflation ist jedoch nach wie vor sehr hoch und die Annäherung an das 3%-Ziel - die zweijährigen Inflationserwartungen liegen weiterhin bei 3% - ist nach wie vor mit Risiken behaftet. Der Verwaltungsrat der Nationalbank in Chile hat den Leitzins bei 11,25 % belassen, bis die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zeigt, dass dieser Prozess konsolidiert ist.

Die konsequente Klimapolitik, das Land will bis 2050 klimaneutral werden, begünstigt Innovationen und vor allem das Ziel Chiles, sich als weltweit günstigster Anbieter von Grünem Wasserstoff aus Wind- und Solarstrom zu positionieren, zieht viele neue Projekte ins Land. Eine Reihe von Projekten im Norden und äußersten Süden des Landes, die von Enel Green Power, Linde, Engie, Air Liquide, GNL Quintero und CAP vorangetrieben werden und Investitionen in Höhe von 1 Mrd. USD nach sich ziehen sollen, ist bereits am Start. Die Anlagen müssen spätestens im Dezember 2025 betriebsbereit sein und sollen 45.000 Tonnen grünen Wasserstoff pro Jahr produzieren, wodurch mehr als 600.000 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden. Darüber hinaus steht die zukunftssträchtige Förderung von Digitalisierung, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit auf der Agenda der Regierung.

Der Bergbau ist bis dato die tragende Säule der chilenischen Wirtschaft. Und trotz der jüngsten Bemühungen um eine Diversifizierung seiner Wirtschaft bleibt Chile u.a. anfällig für die internationalen Kupferpreise, die internationale Nachfrage (insbesondere aus China), aber auch Klima- und Erdbebenrisiken und die Anfälligkeit des Straßen- und Energienetzes. Doch der Bergbau soll einer der ersten Abnehmer für grünen Wasserstoff werden. Darüber hinaus will der Staat die Elektromobilität konsequent fördern, denn auch der Lithiumabbau wird zukünftig eine verstärkte Rolle spielen.

Doch es gibt immer größere Probleme im Kupferbergbau. Chiles staatlicher Bergbaukonzern Codelco, der größte Kupferproduzent der Welt, vermeldete für den Zeitraum von Januar bis September einen Rückgang des Gewinns vor Steuern um 50,4 % auf 2,606 Mrd. USD, der auf die niedrigeren Kupferpreise und den Produktionsrückgang in einigen seiner Minen zurückzuführen ist. Immer wieder werden Minen bestreikt und die strengeren

Umweltauflagen führen zu Strafzahlungserlasse an die Minenbetreiber. Dazu kommt eine seit 13 Jahren andauernde Dürre, die Chile fest im Griff und die die Wasserproblematik sehr verstärkt hat. Codelco hat auch deshalb 2022 den Bau einer Meerwasser-Entsalzungsanlage in Auftrag gegeben, die mit über 160km langen und auf 3000 Höhenmeter ansteigenden unterirdischen Leitungen mit dem Stausee, der die Mine versorgt, verbunden werden soll. Bis 2030 soll der Frischwasserverbrauch der Minen um die Hälfte und bis 2040 sogar auf 5% gesenkt werden. Einige Minen erhielten aufgrund des Wassermangels keine Verlängerungsgenehmigung für eine geplante Investition und es wurden Notfall-Wasserpläne für die Metropolregion Santiago beschlossen.

Codelco hat nun beschlossen, sein Portfolio zu erweitern und hat im ersten Quartal des Jahres mit der Lithiumexploration in der Maricunga-Salzwüste im Norden des Landes begonnen. Das chilenische Bergbauunternehmen SQM, die weltweite Nummer 2 unter den Lithiumproduzenten, meldete einen fast fünffachen Gewinnanstieg im vierten Quartal, angetrieben durch den steigenden Preis des ultraleichten Metalls, das für die Herstellung von Batterien für Elektrofahrzeuge unerlässlich ist. Lithium erlebt seit Anfang 2021 einen Preisboom und auch in Chile werden die Projekt rund um das „weiße Gold“ verstärkt ausgebaut. Derzeit werden vor allem in Argentinien und Chile die besten Abbaumethoden erforscht.

Chile weist weiterhin ein geringes Länderrisiko auf, unter anderem aufgrund niedriger Staatsschulden und einem freien Marktzugang für Waren, Dienstleistungen und Investitionen, was 2022 auch zu Rekordwerten bei den Direktinvestitionen aus dem Ausland führte.

Bis 2021 wurden fünf der chilenischen Kohlekraftwerke geschlossen, 2 weitere folgten 2022. Bis 2025

sollen insgesamt 15 Kraftwerke stillgelegt und drei Anlagen umgewandelt werden, was einem Fortschritt von 65 % entspricht. Bis 2040 sollen schließlich alle 28 Kohlekraftwerke des chilenischen Stromerzeugungssystems stillgelegt sein.

Anfang September 2022 lehnte die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, nämlich mehr als 60%, die erste Vorlage für die neue Verfassung ab. Nach einer Kabinettsumbildung werden nun die weiteren Schritte, hin zu einer neuen Verfassung, die die Wünsche der Mehrheit widerspiegelt, verhandelt. Der Wille zu Reformen besteht weiter, aber eben nicht so radikal oder nicht in der Form wie sie der erste Entwurf mit sich gebracht hätte. In der Gesellschaft überwiegt der Wunsch nach Stabilität angesichts der weltwirtschaftlichen Konflikte, deren Folgen sich auch in Chile bemerkbar machen. Die Politik muss dies berücksichtigen – sowohl in der Regierung als auch in der Opposition.

Im Süden des Landes gibt es fast täglich Auseinandersetzungen mit radikalen Mapuche-Indianern. Darüber hinaus wurde zum vierten Mal seit dem Regierungswechsel der Ausnahmezustand im Süden verlängert, der den Einsatz der Armee ermöglicht. Nebenbei hat die Zahl der kriminellen Vereinigungen in letzter Zeit im Norden des Landes zugenommen, und auch die Kriminalität und die Armut im ganzen Land ist gestiegen. Grund dafür ist der Preisanstieg bei den Produkten des Grundnahrungsmittelkorbs. Die Unterstützung für den jüngsten chilenischen Präsidenten aller Zeiten schwindet rapide.

Wichtig ist es deshalb, die im Wahlkampf versprochenen Reformen des Steuer- und Rentensystems nicht aus dem Blick zu verlieren. Ein Ziel ist es, die Steuereinnahmen des Staates zu erhöhen und somit Mittel verfügbar zu haben, um die geplanten Maßnahmen etwa im Sozial- oder Umweltbereich zu finanzieren. Bei der Reform des Renten- und

Gesundheitssystem geht es um die Erweiterung der ausschließlich individuell angesparten Versorgung. Daraus entstehende Finanzierungslücken müsste dann der Staat schließen.

AUSBLICK

Die Erneuerung des Abkommens zwischen der EU und Chile, das nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Partnerschaft stärken soll und das Abkommen im Bereich Grüner Wasserstoffs mit der Freien und Hansestadt Hamburg werden zukünftig auch die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Chile ankurbeln. Die Transformation der Wirtschaft, die auch Chile an erster Stelle auf der wirtschaftlichen Agenda stehen hat, wird positive Impulse bringen.

Chile durchlebt jedoch derzeit eine komplexe wirtschaftliche Situation und so geht die Mehrzahl der Analysten von einer Rezession im Jahr 2023 aus. Was die Inflation betrifft, so erwartet der IWF, dass sie in diesem Jahr auf 5 % fallen wird.

Abgesehen davon, wird auch das Sicherheitsempfinden und das Vertrauen der Chilenen in die Institutionen derzeit herausgefordert und 2023 wird ein durchsetzungsfähiger Staat und das Funktionieren der Legislative von Bedeutung sein. Die Umlenkung der Einnahmen aus der Anhebung der Bergbauabgaben ist das oberste Ziel der Regierung, die die Steuereinnahmen zur Finanzierung von Sozialprogrammen verwenden will. Die Steuerreform, die unter anderem auch eine Vermögenssteuer für Spitzenverdiener vorsieht, soll über vier Jahre 4,1 % des BIP einbringen, wobei 0,7 % in einen neuen garantierten Mindestrentenfonds fließen sollen.

Chile hat viele Herausforderungen zu meistern. Doch mit den weltweit steigenden Bedarfen und den gleichzeitig staatlich verankerten nachhaltigen Zielen sowie einer sozial gerechteren Politik kann

es gelingen, Chile schon in den nächsten Jahren sehr zukunftssicher aufzustellen.

3.3. ECUADOR

POSITIVE AUSSICHTEN UND SCHWIERIGE GEGENWART

Zu Beginn der Pandemie 2020 befand sich das Land in einer tiefen Wirtschaftskrise, die durch einen Rückgang der Ölpreise, hohe Steuerausgaben, den Beginn der Rückzahlung früherer Staatsschulden und die Erschöpfung der internen Kreditlinien ausgelöst wurde. Die Regierung konzentrierte ihre Bemühungen auf die Refinanzierung des Haushaltsdefizits, und obwohl sie politisch schwach war, gelang es Moreno doch, die Schulden gegenüber Anleihegläubigern, China und dem IWF neu auszuhandeln. Doch die Pandemie löste eine tiefe Rezession aus, die zu einem sprunghaften Anstieg der Armut führte. Diese Krise verstärkte die makroökonomischen Ungleichgewichte, die das Land seit Mitte des letzten Jahrzehnts zu beseitigen versucht hatte.

Seit Mitte 2021 hat die neue Regierung unter Guillermo Lasso Reformen eingeleitet, um auf einen Pfad des Wachstums und des gemeinsamen Wohlstands zurückzukehren. Nach einer erfolgreichen Impfkampagne und der Überwindung der Rezession besteht die Herausforderung darin, die Entwicklung schwacher Bevölkerungsgruppen wie Frauen, indigene Völker und Nationalitäten, Afro-Ecuadorianer etc. zu unterstützen und gleichzeitig politische und soziale Räte aufzubauen, um die unmittelbaren Folgen der Krise zu überwinden und die Grundlagen für eine integrative und nachhaltige Entwicklung auf mittlere und lange Sicht zu schaffen.

Die Probleme, die die Pandemie verdeutlichte, basieren auf strukturellen Schwächen, wie dem

Fehlen makroökonomischer Puffer, dem begrenzten Zugang zu den Kapitalmärkten, die hohe Informalität, das schlecht vorbereitete Gesundheitssystem und große Lücken beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Und es zeigt sich, dass sich die aktuellen Krisen nicht nur auf die Wirtschaftsleistung auswirken, sondern auch auf die Konsensbildung zur Förderung der politischen und sozialen Stabilität.

Die Weltbank beschreibt den Plan der Regierung angesichts der großen Herausforderungen so: In wirtschaftlicher Hinsicht zielt der Plan der Regierung darauf ab, die Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen zu verbessern, indem ein angemessener Rahmen für Investitionen und Produktivität geschaffen wird, während gleichzeitig die Nachhaltigkeit und Transparenz der öffentlichen Finanzen weiter verbessert wird. Dies, ohne die Notwendigkeit zu vernachlässigen, ein breites Spektrum von Problemen anzugehen, die die Ecuadorianer betreffen, von der Verbesserung des Zugangs zu und der Qualität von Gesundheit und Bildung bis hin zur Bekämpfung der chronischen Unterernährung von Kindern, der Verbesserung der Sicherheit der Bürger und der Stärkung des Justizsystems. Andererseits wird vorgeschlagen, einen ökologischen Übergang durch eine bessere Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, die Anwendung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und dessen Abschwächung sowie die Förderung einer integrierten Bewirtschaftung der Wasserressourcen einzuleiten.

Das Wirtschaftswachstum betrug 2022 zwischen 2,6% und 2,9%, was einen Rückgang zu 2021 bedeutet und die womit die Delle, die der Wirtschaftseinbruch von 2020 mit -7,8% verursacht hatte noch immer nicht wieder wettgemacht wurde. Auch für das kommende Jahr wird mit keinem gravierenden Anstieg gerechnet.

Die Arbeitslosenquote in Ecuador lag im Dezember bei 3,2 %, was bedeutet, dass das Land das Jahr mit einer um 0,9 Punkte niedrigeren Zahl von Arbeitslosen abschloss als im Vorjahr, als der Prozentsatz 4,1 % der Erwerbsbevölkerung betrug. Wird die Arbeitslosigkeit nach Geschlecht aufgeschlüsselt, so zeigen die Ergebnisse, dass Frauen stärker betroffen sind als Männer. Während 3,5 % der Frauen arbeitslos waren, lag die Quote bei den Männern bei 3 %.

Die Armutsquote lag im Dezember 2022 bei 25,2 % und damit 2,5 Prozentpunkte niedriger als im Dezember des Vorjahres. Diese Zahl ist je nach Gebiet sehr unterschiedlich. So lag die Armut in den Städten im Dezember 2022 bei 17,8 %, während sie in den ländlichen Gebieten auf 41 % anstieg und damit nur 1,4 Punkte unter dem Vorjahreswert lag.

Gleichzeitig ging die extreme Armut von 10,5 % im Dezember 2021 auf 8,2 % zurück. In städtischen Gebieten sank die Quote der extremen Armut um zwei Punkte von 5,9 % im Dezember 2021 auf 3,9 % im Dezember 2022, in ländlichen Gebieten von 20,3% auf 17,4 %.

EXPORTKÖNIG ECUADOR

Nach Angaben der ecuadorianischen Handelskammer (CNA) ist Ecuador das erste Land, das im Jahr 2022 die 1-Million-Tonnen-Marke für Garnelenexporte überschritten hat. Das lateinamerikanische Land verschiffte im vergangenen Kalenderjahr 1,06 Millionen Tonnen Schalentiere, was einem Anstieg von 219.000 Tonnen (+26 %) im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Der Anstieg war vor allem auf einen 51%igen Anstieg der Lieferungen nach China zurückzuführen, dem größten Garnelenmarkt Ecuadors mit 56% der Gesamtexporte im Jahr 2022. Die chinesische Nachfrage nach importierten Meeresfrüchten war 2021 aufgrund von Bedenken hinsichtlich der COVID-19-Spuren auf Frachtcontainern stark zurückgegangen. Im Jahr 2022 verbesserte sich

die chinesische Stimmung jedoch wieder, was zum Teil auf Probleme mit der heimischen Garnelenproduktion zurückzuführen ist, die Anbieter aus Übersee ermutigten, den ostasiatischen Markt zu bedienen. Laut Daten der ecuadorianischen Zentralbank von Januar bis Oktober 2022 erreichten die Garnelenexporte einen Wert von über 6,2 Milliarden US-Dollar, während die Bananen 2,7 Milliarden US-Dollar erreichten. Damit sind Garnelen, mit stetigem Wachstum seit 2018, zum zweitwichtigsten Exportgut Ecuadors aufgestiegen. Wichtigstes Exportgut bleibt Erdöl. Die Banane wurde nun auf Platz 3 verdrängt.

Von Januar bis Dezember 2022 beliefen sich die Bananenexporte Ecuadors auf insgesamt 332,79 Millionen Kisten, was einem Rückgang von 12,16 % im Vergleich zu 2021 entspricht.

Nach Angaben der ecuadorianischen Zentralbank (BCE) und des wird dieser Rückgang hauptsächlich auf drei Faktoren zurückgeführt: den bewaffneten Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, das La-Niña-Phänomen (zu kaltes Wetter) und den Rückgang der Käufe in der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Zudem fordert der Bananenverband dringend eine Reform des Bananengesetz und die Ermöglichung von Spotverkäufen. 3,1% der Gesamtexporte pro Jahr gehen nach China, im Jahr 2022 werden das ca. 10,5 Millionen Kisten gewesen sein. Das Exportwachstum liegt in Ostasien, insbesondere in China, Japan und Südkorea.

Bis Oktober 2022 stiegen die Nicht-Öl-Ausfuhren (ohne Bergbau) im Vergleich zum Vorjahr um 19 % und werden das Jahr voraussichtlich mit einem Wert von mehr als 18 Mrd. USD abschließen - ein Rekordwert für den Exportsektor.

Der Kohlenwasserstoffsektor bleibt jedoch Ecuadors wichtigster Exportsektor.

Die staatliche ecuadorianische Ölgesellschaft Petroecuador erklärte, sie wolle die Produktion in den nächsten fünf Jahren auf 800 000 Barrel Öläquivalent pro Tag verdoppeln, wofür Investitionen des Privatsektors in Höhe von etwa 12 Milliarden Dollar erforderlich seien. Um dieses Ziel zu erreichen, hofft Petroecuador auf die Zusammenarbeit mit privaten Ölgesellschaften in Form von Konsortien, um große Kohlenwasserstoffblöcke an Land und vor der Küste zu erschließen und die derzeitige Produktion von rund 400.000 Barrel pro Tag um Begleitgas und Flüssiggas zu ergänzen.

Obwohl die ecuadorianische Rohölproduktion in den letzten Monaten stark schwankte, stieg sie im Zeitraum Oktober 2021 - September 2022 tendenziell an und erreichte im September 2022 einen Stand von 490 Tausend Barrel pro Tag. Für das Jahr 2022 rechnete Ecuador mit einer Förderung von 580.000 Barrel Erdöl und Erdgas, gegenüber 477.300 bpd im Jahr 2021. Doch aufgrund der Proteste Mitte des Jahres konnten ca. 78.000 Barrel Öl nicht gefördert werden. Insgesamt 779 Ölquellen, die zu Petroecuador gehören wurden zeitweise während der Proteste abgeschaltet. In dem Land gibt es 2.220 Bohrungen, die der staatlichen Ölgesellschaft und ausländischen Unternehmen gehören

Die achtzehntägigen Proteste der ecuadorianischen Ureinwohner, die Straßen und Ölquellen blockierten, kosteten das Land mindestens 1 Milliarde US-Dollar, so die Zentralbank. Die Liste der Forderungen der indigenen Bewegung umfasst unter anderem das Einfrieren und die Senkung der Treibstoffpreise, die Kontrolle der Preise für lebenswichtige Produkte, die Nichtprivatisierung staatlicher Unternehmen und die Nichtverlängerung von Öl- und Bergbaukonzessionen im Amazonasgebiet. Die Regierung erklärte, die bereits subventionierten Kraftstoffpreise um bis zu acht % zu senken und erhöhte außerdem eine monatliche Hilfszahlung für

die ärmsten Einwohner des Landes, stoppte die Rückzahlung kleiner Bankkredite der ecuadorianischen Landbevölkerung und erklärte sich bereit, bestimmte Bergbauaktivitäten in indigenen Gebieten zu überprüfen.

AUßENWIRTSCHAFT

China wird immer wichtiger für die Wirtschaft Ecuadors. So reiste Anfang des Jahres 2022 der ecuadorianische Präsident nach China, um eine Schuld neu zu verhandeln, die während der Regierung von Rafael Correa eingegangen wurde. Ecuador hat sich verpflichtet, Öl gegen öffentliche Arbeiten einzutauschen, und bis 2024 müssen noch 156 Millionen Barrel geliefert werden. Mit anderen Worten: Die Schuld entspricht etwas mehr als den gesamten Rohölexporten Ecuadors in einem Jahr und diese ungünstige Position ist Gegenstand der Verhandlungen.

Zudem wird auch ein Handelsabkommen mit China besprochen, ebenso sollen Gespräche mit den USA bezüglich eines solchen geführt werden. Doch derzeit ist China im Begriff, die Vereinigten Staaten als wichtigstes Zielland für ecuadorianische Nicht-Öl-Exporte zu überholen.

Schwierigkeiten gab es 2022 angesichts der Aufnahme Ecuadors im Bündnis der Pazifik Allianz. Die Verhandlungen mit Mexiko sind noch nicht abgeschlossen, weil das Abkommen zwischen Mexiko und Ecuador einige sensible Produkte wie Bananen, Garnelen und Fischprodukte wie Thunfisch beinhaltet.

AUSBLICK

Die Verhandlung zwischen China und Ecuador wurde erfolgreich abgeschlossen, so twitterte Lasso Anfang 2023. Mit dem Abkommen werden ecuadorianische Exporte bevorzugten Zugang zu China haben und die Hersteller des südamerikanischen Landes werden in der Lage sein, Maschinen und

Betriebsmittel zu niedrigeren Kosten zu erwerben. "Dieses Handelsabkommen wird 99 % der derzeitigen ecuadorianischen Exporte nach China präferenziellen Zugang gewähren, insbesondere für landwirtschaftliche und agroindustrielle Produkte wie Garnelen, Bananen, Rosen und Blumen, Kakao und Kaffee", verlautbarte das ecuadorianische Produktionsministerium in einer Erklärung.

Ecuador ist weiterhin bestrebt, seine makroökonomische Stabilität zu konsolidieren und einen unhaltbaren Anstieg der Verschuldung zu vermeiden. In dieser Hinsicht wird die Haushaltsdisziplin von entscheidender Bedeutung sein, um zu verhindern, dass der jüngste Anstieg der Ölpreise zu einer weiteren prozyklischen Ausweitung der Ausgaben führt, die Effizienzgewinne verzögern, makroökonomische Ungleichgewichte aufrechterhalten und die Bildung von Haushaltspuffern verhindern würde.

Doch im November 2022 lag der Anteil der angemessenen Beschäftigung bei 35,6 %, während 60,4 % der Bevölkerung im informellen Sektor beschäftigt sind. Schuld daran ist, laut Pablo Jiménez, geschäftsführender Vizepräsident der Industrie- und Produktionskammer (CIP) die starre Gesetzgebung, die eine größere Dynamik verhindert. Für ein inklusives Wachstum sollte man deshalb, so sieht es auch die Weltbank, Maßnahmen ergreifen, um private Investitionen anzukurbeln, ausländische Investitionen in neue Sektoren anzuziehen und den Produktionsfaktoren, vor allem der Arbeit, die Flexibilität geben, in aufstrebende Sektoren mit höherer Produktivität zu fließen.

Vordergründig wichtig für Ecuador ist es jedoch, sich der schwächsten Bevölkerungsschicht verstärkt zuzuwenden und die Kluft zwischen Stadt und Land zu schließen. Die signifikante Absenkung der Unterernährungsrate bei Kindern, mehr effiziente Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Sozialschutz

und die Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen sind dafür fundamental.

Zu diesem Zweck sind eine faktengestützte Entscheidungsfindung, eine bessere Verwaltung der öffentlichen Mittel und die Koordinierung zwischen den verschiedenen Regierungsebenen und Sektoren von wesentlicher Bedeutung.

Die Niederlage, die Lasso nun Anfang 2023 beim Referendum erlitt sowie der Sieg der Correistas bei den gleichzeitig stattgefundenen Regionalwahlen erschweren jede politische Agenda. Der Präsident, der im Mai für zwei Jahre im Amt sein wird, hat weniger als 20 % Zustimmung in der Bevölkerung. Der Präsident rief nun alle politischen Führer dazu auf, ein großes nationales Abkommen zu schließen, um die Probleme des Landes zu lösen. Er betonte, dass die Bürgerinnen und Bürger die gleichen Forderungen haben, wenn es um die Verbesserung der Bereiche Sicherheit, Gesundheit, Beschäftigung und Bildung geht.

Abzuwarten bleibt, ob Guillermo Lasso seine Amtszeit regulär beenden wird, oder ob die populistischen Parolen wieder die Herzen der Ecuadorianer erreichen.

3.4. KOLUMBIEN

	2021	2022	2023
BIP	10,7%	7,5% ^P	2,2% ^P
Inflation	3,5%	10%	3,5% ^P
Import	76,8	-	-
Export	51,6	-	-
Wechselkurs^D	3743.59	4257.67	4778.45 ^S
Leitzins	2,7%	12% (Dec)	12,75% ^S

P=Prognose; Inflation=Jahresdurchschnitt; Import- und Exportzahlen in Milliarden US-Dollar;

D=Wechselkurs Peso Colombiano für 1 USD am 08.02.2023; S=Stand: 08.02.2023

Quellen: World Bank, Banco de la República de Colombia, IWF, Exchange Rates UK

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2022

Die kolumbianischen Präsidentschaftswahlen im Juni 2022 führten zum Sieg von Gustavo Petro von der Linkskoalition „Pacto Histórico“. Bei einer Wahlbeteiligung von 58% gingen mehr als 22 Millionen Kolumbianer*innen zur Wahl, das ist die höchste Teilnehmerzahl seit 1998. Petro (Pacto Histórico) 11.280.200 Stimmen (50,4%) und Rodolfo Hernández (Liga de Gobernantes Anticorrupción) 10.579.106 Stimmen (47,3%) waren die Kandidaten, die die meisten Stimmen erhielten.

Der Amtsantritt von Gustavo Petro am 7. August weckte aufgrund seiner Vergangenheit als Mitglied der Guerillabewegung M-19 und seiner progressiven Agenda großes internationales Interesse. Auch auf nationaler Ebene gibt es enorme Erwartungen an sein Mandat aus den Gruppen, die ihn unterstützt haben. Petro versprach eine Agenda mit einem starken sozialen Sinn, in deren Mittelpunkt Gleichheit, Frieden, Umwelt, Frauenrechte und die Verteidigung der am meisten Benachteiligten stehen. Das wiederum bedeutet, dass er in den nächsten vier Jahren vor großen Herausforderungen stehen wird, um die komplexen politischen, wirtschaftlichen und

sozialen Forderungen zu erfüllen, die er dem kolumbianischen Volk versprochen hat.

Die größte Herausforderung wird darin bestehen, all diese Veränderungen zu finanzieren, insbesondere in einem Szenario, des internationalen und nationalen konjunkturellen wirtschaftlichen Abschwungs, statt eines Wirtschaftsaufschwungs. Aus diesem Grund war eines der ersten Projekte, welches die Regierung dem Kongress vorlegte, eine tiefgreifende Steuerreform, die am 17. November verabschiedet wurde. Die Ratifizierung der Reform erforderte jedoch Verhandlungen und vor allem den Verzicht auf mehrere Einnahmequellen, die die Regierung zu genehmigen beabsichtigte.

Darüber hinaus hat die Regierung in der letzten Zeit 10 weitere Reforminitiativen im Kongress erarbeitet. Zu den wichtigsten verabschiedeten Gesetzen gehören der allgemeine Haushalt für die Lizenzgebühren (verabschiedet am 2. November), das Gesetz 418 von 1997 "Die staatliche Friedenspolitik" (verabschiedet am 3. November), das Escazú-Abkommen (verabschiedet am 5. November), die Agrargerichtbarkeit (verabschiedet am 8. November) und die Schaffung des Ministeriums für Gleichberechtigung (verabschiedet am 12. Dezember). Derzeit werden im Kongress weitere Reformprojekte diskutiert: Gesundheitsreform, Arbeitsreform, politische Reform, Reform des Wahlgesetzes und die Reform des Rentensystems sowie die Schaffung eines Ministeriums für Frieden (laufende Diskussion).

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Aussichten hat sich die kolumbianische Wirtschaft von der COVID-19-Krise kräftig erholt und das BIP wird im Jahr 2022 um 7,1% ansteigen. Diese Dynamik hat dazu geführt, dass die Wirtschaft über ihrem Potenzial liegt; und das Wachstum wird sich voraussichtlich allmählich auf 2,8% im Jahr 2025 verlangsamen. Andererseits

haben die starke Inlandsnachfrage, die Abwertung des kolumbianischen Pesos, die Indexierung der Löhne und der regulierten Preise, sowie der internationale Preisdruck die Inflation in den letzten Monaten 2022 auf 10% ansteigen lassen. Nach Angaben der Banco de la República wird das Jahr 2022 jedoch voraussichtlich mit einer jährlichen Inflationsrate von 4,5% abschließen und sich die Inflationsrate bis 2023 bei 3,5% stabilisieren können.

Konsum und Investitionen werden weiterhin gedämpft bleiben, da sich Haushalte und Unternehmen mit hoher Inflation und hohen Zinssätzen sowie mit der Unsicherheit über die wirtschaftlichen Aussichten und die Politik konfrontiert sehen. Es wird jedoch erwartet, dass die Währungspolitik auf globaler Ebene gestrafft wird und als Folge davon, das ökonomische Wachstum unter Druck gesetzt und die Inflation bekämpft wird.

Die OECD-Daten zeigen auch, dass die Währungspolitik im Jahr 2022 mit sieben Zinserhöhungen deutlich konditioniert wurde. Daher wird erwartet, dass die kolumbianische Zentralbank den Leitzins bis Anfang nächsten Jahres um weitere 150 Basispunkte anhebt und ihn dann bis Mitte 2024 unverändert lässt. Die Ausgaben des Zentralstaates werden auch im Jahr 2023 um nominal 15% steigen, bedingt durch höhere Sozialausgaben. Anhand dieser Daten lässt sich abschätzen, dass die beiden letzten Steuerreformen, die aus dem Jahr 2021 und die im November 2022 vom Kongress verabschiedete, zusätzliche Einnahmen in Höhe von etwa 3% des BIP bringen werden, sobald sie im Jahr 2024 in Kraft sind.

KOLUMBIANISCHE ENERGIEMATRIX

Dank der vorherrschenden natürlichen Gegebenheiten deckt der kolumbianische Strommarkt mit Wasserkraftwerken, Wärmekraftwerken, Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung und Solar-/Windkraftanlagen etwa 34% des Staatsgebiets ab.

Hier leben 96% der Bevölkerung des Landes mit einer Abdeckung von 95,54%, wobei die städtische Abdeckung 99,35% und die ländliche 83,39% beträgt. Die internationale Energiekrise wirkt sich auf Kolumbien diesbezüglich nicht direkt aus, wirkt sich jedoch vor allem über den Ölpreis aus, der ein Drittel der Ausfuhren ausmacht und die Steuereinnahmen erhöht. Es wird erwartet, dass die Nachfrage nach nicht-russischem Öl aus den Industrieländern steigen wird, sodass Kolumbien in diesem Sektor hohe Gewinne erzielen könnte.

Andererseits ist eines der Ziele der derzeitigen Regierung die ökologische Energiewende. Um in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen, muss die Abhängigkeit von Öl und Gas schrittweise verringert werden. Darüber hinaus muss die Regierung mehr in erneuerbare Energien investieren und die Subventionen für fossile Brennstoffe auslaufen lassen, um die nationale Nachfrage zu senken. Ein interessantes Beispiel für die Energiewende ist, dass die Wasserkraftproduktion des Landes im Jahr 2023 eine Senkung der Energiepreise um 4-8% ermöglichen wird. Darüber hinaus gibt es erhebliche Entwicklungen bei den ausländischen Investitionen für den Bau von Solarparks, Windkraftanlagen und Infrastruktur zur Erzeugung von Gezeitenenergie, die derzeit im Land implementiert werden.

DIALOG MIT DER NATIONALEN BEFREIUNGSMILITÄR (ELN)

Am 21.11.2022 vereinbarten die Regierung und die ELN-Guerilla den politischen Dialog für einen Friedensprozess wieder aufzunehmen. Die Gespräche begannen in Venezuela und werden im Namen der Regierung von Otty Patiño und im Namen der ELN-Guerilla, von "Pablo Beltrán" geleitet. Kuba und Norwegen werden als Garanten an den Gesprächen teilnehmen. Außerdem wurden Mexiko, Chile, Brasilien und Deutschland eingeladen, um sich an diesem komplexen Prozess zu beteiligen. Zu den

wichtigsten Diskussionspunkten gehören: 1) Beteiligung der Gesellschaft an der Friedenskonsolidierung, 2) Demokratie für den Frieden, 3) transformative Programme zur Überwindung von Armut, sozialer Ausgrenzung, Korruption und Umweltzerstörung sowie 4) Opfer und das Ende des Konflikts.

WIEDERAUFNAHME DER BEZIEHUNGEN ZU VENEZUELA

Am 26. September hatten sich die Regierungen von Gustavo Petro und Nicolás Maduro darauf geeinigt, die bilateralen Beziehungen zu verbessern und infolgedessen den Land-, Luft- und Flussverkehr zu normalisieren, der sieben Jahren ausgesetzt worden war. Beide Regierungen müssen jedoch noch einige Herausforderungen in Bezug auf Handel und Grenzsicherheit angehen.

Die Reaktivierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern hat die Wiederaufnahme des Luftverkehrs ermöglicht. Am 9. November fand der erste Flug zwischen Bogotá und Caracas statt, den die staatliche kolumbianische Fluggesellschaft „Santana“ vom internationalen Flughafen El Dorado zum internationalen Flughafen Maiquetía durchführte. Obwohl die Länder den Warenverkehr während der Krisenjahre nie eingestellt haben, ist der Handel in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen. Nun wurde die Tienditas-Brücke, auf einer der meistbefahrenen Grenzverbindungen zwischen den beiden Ländern, am 15. Dezember offiziell neu eröffnet.

Der derzeitige kolumbianische Minister für Industrie und Handel, Germán Umaña, prognostizierte, dass mit der Wiedereröffnung der Grenze und der Reaktivierung des Handels Einnahmen in Höhe von schätzungsweise einer bis 1,2 Mrd. US-Dollar erzielt werden könnten. Am Ende der vierjährigen Regierungszeit werden die Einnahmen zwischen den beiden Ländern voraussichtlich etwa 4,5 Mrd.

US-Dollar betragen. Diese Zahl könnte ein guter Start für die Wiederaufnahme aller Beziehungen sein, um ein Handelsvolumen von 7 Mrd. US-Dollar zu erreichen.

Andererseits gilt als eine der größten Herausforderungen dieser Reaktivierung die Gewährleistung der Sicherheit entlang der durchlässigen Grenze zwischen den beiden Ländern. In Abwesenheit staatlicher Präsenz sind derzeit bewaffnete Gruppen wie die FARC-Dissidenten, der Golf-Clan, das Sinaloa-Kartell, La Frontera, La Línea, die EPL und El Tren de Aragua in der Nähe von Norte de Santander und Arauca (zwei Bundesländer) weit verbreitet. Hunderte von Morden und Massakern, Entführungen, Zusammenstöße zwischen illegalen bewaffneten Gruppen und sogar zwischen der ELN und der kolumbianischen Armee sind dort zu verzeichnen. Zu den illegalen Wirtschaftszweigen in der Region zählt die Organisation PARES "Benzin, Bier, chemische Grundstoffe, Schmuggelware und die Herstellung von Kokapaste"

3.5. PERU

DER SCHWUNG IST RAUS

Peru gehörte in den letzten zehn Jahren zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften Lateinamerikas.

Trotz immer wiederkehrender politischer Krisen konnten sich wirtschaftliche Sektoren entwickeln und wachsen. Der durch die Covidkrise verursachte Rückgang konnte durch die hohen Preise am Weltmarkt und die große Nachfrage nach Kupfer und anderen von Peru exportierten Mineralien relativ gut abgefedert werden.

Im Jahr 2022 wurde die peruanische Wirtschaft jedoch durch die internationale Inflation und die politische und soziale Krise beeinträchtigt, was sich in einem Anstieg verschiedener Preise für Grundprodukte des Familienwarenkorb und einem Rückgang der Wachstumsprognose für 2022 niederschlug.

Zu Beginn des Jahres trieb der private Konsum das Wachstum der peruanischen Wirtschaft an. So führte eine schnelle Erholung der Beschäftigungslage, Pensionsfondsentnahmen – eine sechste außerordentliche Entnahme aus den Rentenfonds seit Beginn der Pandemie wurde genehmigt – und das rasche Kreditwachstum in der ersten Hälfte des Jahres 2022 zu einem BIP-Wachstum von 3,5%.

Die Regierung regte Maßnahmen an, wie die Unterstützung der KMU-Finanzierung, neue und verlängerte Steuerbefreiungen und Maßnahmen zur Förderung öffentlich-privater Partnerschaften, um private Investitionen zu unterstützen. Zudem wurde der Mindestlohn um 10% angehoben.

Doch ließ die Erholung Mitte des Jahres nach und sank auf unter 2%. Auslöser dafür waren Probleme im Bergbau und eine Verlangsamung der Produktivität auch in der Landwirtschaft im Kontext der politischen Krise.

Peru ist der zweitgrößte Kupferproduzent der Welt, und der Bergbau ist für die Wirtschaft des Landes von entscheidender Bedeutung, da er 60 % aller Exporte ausmacht. Ein Großteil des Rückgangs der Bergbauproduktion ist auf die protestbedingten Störungen in den Kupferminen zurückzuführen. Mit der Mine Quellaveco, des Unternehmens Anglo American, ging 2022 das erste vollständig digitale Kupferbergwerk des Landes in Betrieb. Das sollte der Kupferproduktion einen kräftigen Schub geben. Doch kam es Tage danach schon zu Problemen mit den Gemeinden in ihrem Einflussbereich, die sich um die Wassernutzungsrechte am Standort der

Mine stritten. Auch die Mine Las Bambas wurde seit Anfang des Jahres bestreikt und musste wochenlang die Arbeit stilllegen. Im Sommer musste die Regierung einen Notstand ausrufen woraufhin Gespräche mit den Gemeinden wieder angesetzt wurden. Die Regierung schlug einen "neuen Ansatz" der Beziehungen zwischen Bergbauunternehmen und Gemeinden vor, Ergebnisse sind noch nicht ersichtlich – einige Minen werden immer noch bestreikt.

In den kommenden Jahren erwartet der Sektor neue Projekte im Umfang von knapp 54 Mrd. USD. Das chinesische Bergbauunternehmen MMG Ltd. will in den nächsten fünf Jahren 2 Mrd. USD in den Ausbau seiner problembehafteten Kupfermine Las Bambas in Peru investieren und will die Kupferproduktion bis 2025 verdoppeln und bis 2030 nochmals verdoppeln. Es wird erwartet, dass die Mine im Jahr 2022 240.000 Tonnen Kupfer produzieren wird.

Doch dürften mittelfristig Wachstum und Investitionen im Sektor zurückgehen, so die peruanische Zentralbank (BCR). Sie geht davon aus, dass 2023 rund 16% weniger investiert werden. Laut der Nationalen Bergbaugesellschaft SNMPE sei der Grund die andauernde politische Instabilität im Land. Zudem fehlten Großprojekte, die das Wachstum befeuern könnten.

Die Inflation erreichte im März 2022 bereits 6,8% und stieg im Dezember auf 8,46% und damit ihren höchsten Wert seit 26 Jahren. Der Krieg Russlands in der Ukraine verschärft die Lage für das Land, welches in verschiedenen Bereichen wie Düngemittel und landwirtschaftliche Betriebsmittel von Importen abhängig ist. Die Verknappung dieser Güter und der Anstieg des Urea-Preises machten sich hier direkt bemerkbar. Aber auch der Ölpreis, die Kosten für natürliche Ressourcen wie Gas und die Logistikkosten waren davon betroffen.

Viele Geldinstitute haben ihre Zinssätze deutlich angehoben, um die inflationären Schwankungen einzudämmen. Auch die peruanische Zentralbank hat Anfang Dezember ihren Leitzins um 25 Basispunkte auf 7,5% angehoben, um die hohe Inflation in dem Bergbauland zu dämpfen.

Die Börsen Chiles, Perus und Kolumbiens haben im November offiziell die Testphase einer Gemeinschaftsbörse gestartet. Die Verzahnung der drei Börsen sieht die Schaffung eines einheitlichen Marktes sowie gleicher Investitions- und Finanzierungsmöglichkeiten vor. Unter dem Namen "Mercados Integrados Latinoamericanos" (Mila) (deutsch: Integrierte lateinamerikanische Märkte) ist künftig der Handel der insgesamt 560 an den drei Börsen gelisteten Unternehmen mit einem Gesamtwert von 600 Mrd. USD an allen drei Standorten erlaubt. Mila kommt auf einen Umsatz von 300 Mio. USD pro Tag und liegt damit in Lateinamerika hinter der Börse im brasilianischen São Paulo noch vor Mexiko und Buenos Aires an zweiter Stelle.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten und Potenziale des Landes werden maßgeblich durch die geographischen Gegebenheiten geprägt. In der Küstenregion im Westen dominieren Landwirtschaft, Fischerei und die verarbeitende Industrie. In den Anden ist der Bergbau der dominante Wirtschaftssektor. Dem Amazonasgebiet (Regenwald) wird eine geringe volkswirtschaftliche Bedeutung zugeschrieben. Hier findet man vor allem forstwirtschaftliche und bergbauliche Aktivitäten sowie eine an Bedeutung gewinnende Erdgasindustrie.

Der Landwirtschaftssektor Perus ist sehr stabil. Die weltweit wachsende Nachfrage nach nicht-traditionellen Agrarprodukten wie exotischen Früchten und anderen Superfoods stärkt den Sektor. Die Exporte von Obst (Blaubeeren und Trauben) erzielten bis Mitte des Jahres Rekordumsätze. Der Mangel

an Düngemitteln und ihre hohen Preise dürften die Produktion allerdings beeinträchtigen und sich auch in der ersten Jahreshälfte 2023 auf die Lebensmittelpreise auswirken. Könnte der ökologische Ansatz verstärkt von der Landwirtschaft verfolgt werden, könnte der Einsatz chemischer Düngemittel verringert und eine Kreislaufwirtschaft unterstützt werden.

Wichtigstes Agrarexportgut des Landes ist die Blaubeere, mit 1,411 Mrd. USD und einem Anteil von 14,4 % an den Agrarexporten, gefolgt von der Weintraube, mit 1,316 Mrd. USD, was 13,4 % der gesamten Agrarexportgüter entspricht und Kaffee, der 1,286 Mrd. USD erreichte und 13,1 % der Verschiffungen im Agrarsektor ausmachte. Die zehn wichtigsten Zielländer für peruanische Agrarexporte waren: die Vereinigten Staaten, die Niederlande, Spanien, Ecuador, China, Chile, Deutschland, England, Kolumbien und Mexiko. Auf diese Ländergruppe entfielen 76,3 % aller Agrarexporte.

Süßwasser ist in Peru kein Problem, wohl aber seine Bewirtschaftung. Die Cepal berichtet dazu, dass 3 Millionen Peruaner (9,2 % der Bevölkerung) derzeit keinen Zugang zu Wasserdienstleistungen und 8,2 Millionen Peruaner (25,2 %) keinen Zugang zu Abwasserdienstleistungen haben. Es gibt auch ein großes Gefälle zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Angesichts des Klimawandels und des Bevölkerungswachstums ist die Stärkung der Wasserbewirtschaftung in Peru der Schlüssel zur Verbesserung der langfristigen Wassersicherheit. Dies umfasst den Ausbau des sektorübergreifenden Ansatzes in der Wasserbewirtschaftung, die Verbesserung des Einsatzes wirtschaftlicher Instrumente zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Wasserressourcen, ihrer Quellen und der damit verbundenen Ökosystemleistungen sowie die Stärkung des Rechtsrahmens zur Verbesserung des Zugangs zu sicherem Trinkwasser und zur

Abwasserentsorgung in städtischen und ländlichen Gebieten.

Wasserkraft ist auch die Hauptenergiequelle des Landes und im Bereich der nicht-konventionellen erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind, Erdwärme und Biomasse hat Peru ein enormes Potenzial aufzuweisen. Das Land hat hier in den letzten Jahren einige Fortschritte gemacht, trotzdem ist die Beteiligung dieser Energiequellen in der Energiematrix des Landes noch sehr gering.

Die Förderung der erneuerbaren Energien ist Teil des Plans *Impulso al Crecimiento Económico* (*Impulso Peru*), der im September 2022 von der Regierung lanciert wurde.

Der Plan "Impulso Perú" umfasst Maßnahmen und Aktionen zur Reaktivierung der Wirtschaft und zur Ankurbelung des BIP-Wachstums. Im Rahmen dieses Programms sollen 2023 die Kapazitäten der Sonnen- und Windenergie auf das Doppelte ausgebaut und damit ein Anteil von 10% an der Energiematrix erreicht werden. Dieser Ausbau wird in den kommenden Jahren verstärkt werden, da die fortschreitende Automatisierung und die Nachhaltigkeitsansprüche in Industrie, Bergbau und in der Landwirtschaft neue Energiequellen erfordern. Derzeit fehlt es u.a. aber noch an Normen und Regelungen, die von der Regierung implementiert werden sollten, Fachkräften und Knowhow sowie finanzieller Unterstützung lokaler Unternehmen.

Seit Oktober spitzte sich die instabile politische Lage extrem zu. Präsident Castillo hatte bereits zwei Amtsenthebungsverfahren überstanden, ein drittes stand bevor. Er beschloss, Anfang Dezember den Kongress aufzulösen und per Notstandsdekret regieren zu wollen. Das wurde vereitelt und er wurde mit dem Vorwurf des Staatstreichs festgenommen. Drei Stunden später wurde seine

Vizepräsidentin – Dina Boluarte als neue Präsidentin – und erste Frau in diesem Amt – in Peru vereidigt.

Seither protestieren Gegner der neuen Regierung in landesweiten oft gewalttätigen Demonstrationen, weil ihnen der Kongress und die Abgeordneten noch weniger glaubwürdig erscheinen als der gerade abgesetzte Präsident. Großen Teilen der politischen Elite wird vorgeworfen, in der Krise vor allem auf persönliche Vorteile aus zu sein. Die Anhänger von Ex-Präsident Castillo fordern deshalb den Rücktritt von Präsidentin Boluarte sowie Neuwahlen. Die Proteste forderten bereits mehr als 50 Todesopfer, nun wird gegen die neue Präsidentin ebenfalls ermittelt.

AUSBLICK

Die Armutsrate ist nach der Pandemie wieder deutlich angestiegen – geschätzt wird um die 10%. Damit wurden die Fortschritte der letzten Jahre wieder rückgängig gemacht.

Die Informalität ist im vergangenen Jahr auch noch einmal gestiegen und liegt teilweise bei bis zu 80% der Arbeitskräfte. Die OECD meint, dass die Schaffung formaler Arbeitsplätze, die Ausweitung des Sozialschutzes und der Leistungen von Sozialhilfeprogrammen sowie die Senkung der Kosten für Arbeitskräfte mit niedrigem Einkommen die Informalität eindämmen würden. Zudem würde die Verbesserung der Qualität der öffentlichen Bildung und der Berufsausbildung die Produktivität steigern und ebenfalls die Informalität und Ungleichheiten verringern.

Die aktuelle politische Krise scheint auch das Vertrauen der Unternehmen in das Land zu mindern. Wirtschaftsanalysten gehen davon aus, dass sich das Wachstum 2023 wegen innenpolitischer Anspannungen verlangsamen wird. 2024 soll das BIP-Wachstum wieder anziehen, da sich die monetären Bedingungen lockern und das globale Wachstum

anzieht. Die Cepal erwartet, dass sich auch die Inflation bis zur zweiten Hälfte des Jahres 2024 langsam dem Ziel von 2% wieder annähert.

Voraussetzung für eine wirtschaftliche Erholung ist die Überwindung der politischen Krise und die Vorbereitung der Neuwahlen. Dafür müsste die Präsidentin Boluarte auf die Demonstranten zugehen und mit ihnen in Dialog treten. Politiker sollten die Forderungen der Demonstranten ernst nehmen und ihre persönlichen Interessen hinter die des Landes zurückzustellen; dadurch, so Vertreter der KAS in Peru, könne Peru schon bald zur Ruhe kommen.

Erwartet wird, dass Perus Exporterlöse im Jahr 2023 erst einmal leicht zurückgehen. Die labile Weltkonjunktur und ein schwächerer Kupferpreis dürften den stark exportabhängigen Bergbau Perus treffen. Ein weiteres Risiko ist die große Abhängigkeit von China. Knapp 70 % der peruanischen Kupferexporte fließen dorthin. Doch der Hafen von Chancay dürfte dem Land im südamerikanischen Handel mit Ostasien ab 2024 eine starke Position verschaffen. Die mit Abstand wichtigsten Lieferländer sind China und die USA. Deutschland liegt bei den Herkunftsländern Perus auf Rang 7, bei den Exportländern belegt es Platz 12.

Der fortschreitende Klimawandel bringt für Peru große Herausforderungen mit sich. Für die notwendige globale Energiewende braucht es aber viele Ressourcen, die das Land aufweist. Das wiederum stellt eine Chance dar. Der weltweite Trend zugunsten grüner Technologien wird die Nachfrage nach Kupfer langfristig steigen lassen.

3.6. VENEZUELA

	2021	2022	2023
BIP		18,7% ^P	5,0% ^P
Inflation	-	155.8%	195%
Import	7,8 ^P	-	
Export	-	-	
Wechselkurs^D		8.40 ^{Oct}	23.81 ^S
Leitzins	54,06% ^{Aug}	57,97%	-

P=Prognose; Inflation=Jahresdurchschnitt; Import- und Exportzahlen in Milliarden US-Dollar; D=Wechselkurs Venezolanischer Bolívar für 1 USD am 08.02.2023; S=Stand: 08.02.2023
Quellen: World Bank, Banco Central de Venezuela (BCV), IMF, Countryeconomy

DAS ENDE DER INTERNATIONALEN ISOLATION?

In den letzten zwei Jahren haben eine Reihe von Ereignissen wie die Amtsübernahme von Joe Biden, die globale Pandemie COVID-19, der Einmarsch Russlands in die Ukraine und eine neue Welle von Linksregierungen in Lateinamerika zu bedeutenden Veränderungen in der Geopolitik der amerikanischen Hemisphäre in Bezug auf den Fall Venezuela geführt. So kündigten die Vereinigten Staaten im Mai 2022 die Aufhebung der ersten Wirtschaftssanktionen gegen das Regime an, darunter das Verbot für den US-Ölkonzern Chevron, Geschäfte mit der staatlichen Ölgesellschaft PDVSA zu tätigen. Im Gegenzug forderte die Regierung von Joe Biden jedoch auch die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der venezolanischen Opposition und der Regierung.

Am 24. November 2022 nahmen daher der Präsident der Nationalversammlung, Jorge Rodríguez, und die Mitglieder der Einheitlichen Plattform „Plataforma Unitaria“, zu der auch die Opposition des Landes gehört, die Gespräche in Mexiko wieder auf. Am 26. November unterzeichneten beide Parteien das zweite Teilabkommen zum Schutz des

venezolanischen Volkes „Segundo Acuerdo Parcial para la Protección del Pueblo Venezolano“. Ein Abkommen, das darauf abzielt, die im Ausland eingefrorenen Ressourcen Venezuelas freizugeben, im Tausch gegen die Garantie, demokratischen Wahlen im Jahr 2024 zu ermöglichen. Zwei Tage nach dieser Ankündigung genehmigte die Regierung Biden der Chevron Corp. die Wiederaufnahme der Ölförderung in Venezuela.

In diesem Zusammenhang sind sich mehrere Analysten darin einig, dass inmitten der Sanktionen, die Washington gegen russisches Öl und Gas verhängt hat, auch die Möglichkeit einer Entspannung der bilateralen Beziehungen zwischen Venezuela und den Vereinigten Staaten steckt. In diesem Szenario spielt das venezolanische Öl eine Hauptrolle und in den letzten Monaten hat der Westen sein Interesse bekräftigt, Venezuela wieder zu einem verlässlichen Öllieferanten zu machen, wie es das Land 50 Jahre lang war. Die Europäische Union verlängerte jedoch am 14. November trotz des Ersuchens der venezolanischen Regierung die Sanktionen gegen hochrangige Regierungsvertreter wie Minister, ehemalige Gouverneure, Richter des Obersten Gerichtshofs und sogar hochrangige Militäroffiziere um ein Jahr.

In den Worten des Stefanoni, Pablo (2022) kann die Situation in Venezuela momentan wie folgt beschrieben werden: "Das Land befindet sich in einem merkwürdigen Status quo, einer Mischung aus abnormaler Normalität und normaler Abnormalität, die die Wirtschaft und die Politik in dieser neuen Wahlperiode, die sich ankündigt, bestimmen wird". Der Alltag der Menschen, die im Land geblieben sind, ist noch geprägt von himmelhohen Preisen und Löhnen, die kaum für das Nötigste reichen. Selbst die staatlichen Arbeitsplätze sind schlecht bezahlt, und diejenigen, die in guten Verhältnissen leben, sind durch Korruption beeinträchtigt.

Deswegen wird es im Jahr 2023 interessant sein zu beobachten, wie sich Venezuela international positioniert und wie sich seine Rolle auf den Ölmärkten gestaltet. Diese Situation wird natürlich Auswirkungen auf die nationale Wirtschaft haben. Verschiedene lateinamerikanische Länder haben zudem im Jahr 2022 den politischen Willen der Region zum Ausdruck gebracht, an der Lösung der internen institutionellen Krise mitzuwirken. Insbesondere bleibt abzuwarten, welche Position Brasilien einnehmen wird und welche Rolle Chile, Mexiko und Kolumbien weiterhin bei der Annäherung von Regierung und Opposition im Vorfeld der Wahlen spielen werden. Derzeit sieht das internationale Szenario nicht die Möglichkeit vor, dass das Land ausgeschlossen wird, das werden erst die Ereignisse des Jahres 2023 zeigen.

WIRTSCHAFTSWACHSTUM TROTZ DER INTERNATIONALEN KRISE

Auf wirtschaftlicher Ebene zeigt der letzte Bericht der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC), dass die venezolanische Wirtschaft im Jahr 2022 um 10% und im Jahr 2023 um 15% wachsen wird. Diese positiven Aussichten sind nach Ansicht von Experten eine Folge der im vergangenen Jahr erfolgten Dollarisierung der Wirtschaft, der strategischen Neuausrichtung der bolivarianischen Regierung auf die Grundlagen der Marktwirtschaft und der verzweifelten Suche nach Kapital.

Obwohl die venezolanische Zentralbank positivere Berichte vorlegt und für 2022 ein BIP-Wachstum von 18,7 % prognostiziert, bezeichnet der Analyst Asdrúbal Oliveros dieses Wachstum als "schwach, ungleichmäßig und unzureichend". Dies erklärt sich aus der Tatsache, dass das Wachstum eine Folge der Beschleunigung von nur neun Sektoren ist: Lebensmittel, Gesundheit, Körperpflege, Technologie, Verpackung, Medien, Handel, Verkehr, die vor allem in Caracas und an der Achse Lara-Portuguesa

verortet sind. Dieses Wachstum spiegelt sich nicht im Rest des Landes wider. Im Falle Venezuelas ist das Pro-Kopf-BIP ein Maß für die Entwicklung des Landes. Derzeit verdient der durchschnittliche Venezolaner 1.800 US-Dollar pro Jahr. Und nur zum Vergleich: 2012 erhielt der durchschnittliche Venezolaner 6.900 US-Dollar pro Jahr, was dem Durchschnittseinkommen eines Peruaners aktuell entspricht. Das bedeutet in der Praxis, dass das Land noch einen weiten Weg vor sich hat, um zu seinen regionalen Nachbarländern aufzuschließen.

Unter diesen Umständen wird die Verbesserung des venezolanischen Marktes von der Zunahme des Produktionsapparates des Landes abhängen, der sich nicht von einem Jahr zum nächsten erholen wird. In der Zwischenzeit hat die Regierung für 2023 geplant, 63% der Ölexporterlöse in den Staatshaushalt zu investieren. Diese Zahl wird höher ausfallen als in den Vorjahren und ist nur möglich, wenn die US-Sanktionen weiterhin aufgehoben bleiben. In diesem Sinne werden die Einnahmen der staatlichen Ölgesellschaft PDVSA im Jahr 2023 mit schätzungsweise 9,34 Milliarden Dollar zum Haushalt beitragen. Nach Angaben von Reuters wird der Rest des Haushalts durch Schulden, einschließlich der Ausgabe von Anleihen auf dem venezolanischen Binnenmarkt und durch Darlehen finanziert.

KONTAKT



REGIONALMANAGERIN BRASILIEN UND NICHT
SPANISCH SPRECHENDE LÄNDER LATEINAMERIKAS /
KOORDINATORIN DER LAV-YOUNG
PROFESSIONALS

Betina Sachsse

b.sachsse@lateinamerikaverrein.de



REGIONALMANAGERIN FÜR CHILE, ECUADOR,
PERU, MEXIKO, ZENTRALAMERIKA, KUBA UND
DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Ulrike Göldner

u.goeldner@lateinamerikaverrein.de



REGIONALMANAGER FÜR ARGENTINIEN, BOLIVIEN,
KOLUMBIEN, PARAGUAY, URUGUAY UND
VENEZUELA

Marcela Melo

m.melo@lateinamerikaverrein.de